



Armut heißt:
„Es gibt nichts mehr.“

Dokumentation
des Jugendsozialgipfels
vom 11. November 2006



Herausgeber:

Die Landesjugendpfarrämter
der Luth. Landeskirche in Braunschweig,
der Ev.-Luth. Landeskirche Hannovers,
der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg,
der Ev.-Luth. Landeskirche Schaumburg-Lippe,
der Ev.-ref. Kirche



Projektgruppe:

Lena Borgers, Wencke Breyer, Cornelia Dassler,
Florian Ernst, Hilke Klüver, Martin Labuhn,
Viola Lichtblau, Silke Meine, Jens Müller,
Manfred Neubauer, Karsten Peuster, Michaela Truß,
Alida Weinert



Layout:

Steffen Neubauer



Druck:

BWH GmbH

Redaktionsschluss: 30. November 2006

V.i.S.d.P.:

Hilke Klüver
Ev.-ref. Kirche

Saarstr. 6
26789 Leer

Tel.: 04 91 91 98-2 11

Fax: 04 91 91 98-2 40

jugend@reformiert.de



Armut heißt: „Es gibt nichts mehr.“

Unter diesem Motto fand am 11. November 2006 in Hannover der Jugendsozialgipfel der Evangelischen Jugend in Niedersachsen statt.

Die Ergebnisse dieses Tages fasst die vorliegende Dokumentation zusammen.

Vorbereitet und durchgeführt wurde dieser Jugendsozialgipfel von den Landesjugendpfarrämtern der fünf evangelischen Kirchen in Niedersachsen. Eingeladen wurden neben Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und Kirche die ehrenamtlichen Verantwortungsträger in den Landesjugendkammern und Landesjugendkonventen der kirchlichen Jugendarbeit.

Mit denjenigen, die in unserer Kirche Verantwortung in und für die Jugendarbeit tragen, wollten wir uns einem Thema stellen, dem wir angesichts der Lebenslagen vieler Kinder und Jugendlicher nicht mehr ausweichen wollen. Und zum Glück – das zeigt die öffentliche und kirchliche Diskussion – wird dem Thema „Armut in unserer Gesellschaft“ im Augenblick viel Beachtung geschenkt.

Es war das erste Mal, dass die Jugendvertreterinnen und –vertreter aus den fünf niedersächsischen Landeskirchen zusammen an einem

Thema arbeiteten. Das ist einer unserer Beiträge zum „Jahr der Jugend 2006“ in Niedersachsen. Dieser Tag war die Folge der Verpflichtung, die die Mitgliedsverbände im Landesjugendring Niedersachsen im Rahmen der letzten Vollversammlung im März diesen Jahres selbst abgegeben haben. Im Beschluss „Alle Kinder und Jugendliche in Niedersachsen brauchen Perspektiven – Wege in eine gerechte Gesellschaft,“ heißt es, dass die Jugendverbände die Frage von Zukunftschancen und bestehenden Benachteiligungen zu einem Schwerpunkt erheben. Denn alle Kinder und Jugendlichen brauchen eine Perspektive für ihr Leben, für ihre Zukunft. Diese ist vielen jedoch nicht gegeben, denn Armut ist nicht mehr „weiblich und alt“ sondern jung: 17 % der jungen Bevölkerung ist von Armut bedroht. Und die Quote steigt.

Gerade die kirchliche Jugendarbeit kann diese Tatsache nicht einfach hinnehmen und zur Tagesordnung übergehen. Wir haben von unserem christlichen Menschenbild her der Aufteilung zwischen Armen und Reichen etwas entgegenzusetzen: Vor Gott sind alle Menschen gleich. Selbst die Armut kann diese geschenkte Würde keinem Menschen nehmen. Es bleibt jedoch zu fragen, ob unser Umgang mit den von Armut Betroffenen oder schon in Armut Lebenden

Der Staat, d. h. wir alle, weil er
unser aller Geld umverteilen muss
(Soziale Arbeitsplätze/
Arbeitsmarkt)
Antwort zu Frage 9

INHALTSVERZEICHNIS



dieser Würde entspricht, d. h. ob er auf der gleichen Augenhöhe stattfindet.

Im Rahmen der beschriebenen Veranstaltung ging es zunächst einmal darum, sich dem Thema unter verschiedenen Aspekten zu stellen.

In der vorliegenden Dokumentation sind die Hauptbeiträge, die Ergebnisse der Workshops sowie die Verabredungen und Forderungen, die die Jugendvertretungen am 11. November 2006 formuliert haben, zusammengefasst.

Allen, die an der Vorbereitung und Durchführung dieses Tages beteiligt waren, danke ich herzlich für ihr Engagement.

Ich hoffe, dass nicht nur in der Evangelischen Jugend am Thema „Armut“ weitergearbeitet wird, sondern dass auch Kirche und Gesellschaft allen Kindern und Jugendlichen gleiche Lebenschancen eröffnet.

Hilke Klüver,
Landesjugendpastorin und Vorsitzende der
Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend
in Niedersachsen e. V. (aejn)

Vorwort Seite 3

Inhaltsverzeichnis Seite 5

**„Alle Kinder und Jugendlichen in
Niedersachsen brauchen Perspektiven
– Wege in eine gerechtere Gesellschaft“**
Beschluss der Vollversammlung des
Landesjugendringes Niedersachsen
vom März 2006 Seite 6

Agenda des Jugendforums
Niedersachsen vom 4./5. Mai 2006 Seite 9

Biblischer Impuls
Dr. Friedrich Weber,
Bischof der Ev.-luth.
Landeskirche in Braunschweig Seite 10

„Armut in Deutschland“
Dr. Jürgen Marcus, Vorsitzender
der nationalen Armutskonferenz Seite 16

Ergebnisse der Workshops Seite 28

**Forderungskatalog der
Landesjugendvertretungen** Seite 38

Zusammenfassung Seite 39

Aktion Duschvorhang Seite 43

ALLE KINDER UND JUGENDLICHEN IN NIEDERSACHSEN BRAUCHEN PERSPEKTIVEN

Beschluss der Vollversammlung des Landesjugendringes Niedersachsen vom März 2006

I. Gesellschaftlicher Zusammenhang

In den letzten Jahren haben sich die Rahmenbedingungen des Aufwachsens für eine immer größer werdende Gruppe von Kindern und Jugendlichen infolge konjunktureller, demografischer und gesellschaftlicher Entwicklungen zunehmend verschlechtert.

Kinder und Jugendliche werden aufgrund der demographischen Entwicklung zu einer marginalisierten Bevölkerungsgruppe. Die Anzahl der Menschen, die in einer „kinderfreien Zone“ leben, nimmt stetig zu. Dadurch fehlt es in der Bevölkerung vielfach an elementaren Erfahrungen im Umgang mit Kindern und Jugendlichen sowie an dem Wissen um spezifische Bedürfnisse und Voraussetzungen für gelingende Sozialisation. In der Folge kommt es in einem Wettstreit der Interessen zu einer verminderten Teilhabe an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen für diejenigen, über deren Zukunftschancen entschieden wird: die Kinder und Jugendlichen.

Der 12. Kinder- und Jugendbericht belegt diese Entwicklungen: „Kinder und Jugendliche wachsen in Deutschland in einer zunehmend alternden Gesellschaft auf: Im Jahr 2030 wird (...) etwa jede dritte Person in Deutschland 60 Jahre alt oder älter und nur noch jede sechste wird unter 20 Jahre alt sein.“ (Siehe 12. Kinder und Jugendbericht, S. 73)

Wird zudem die Armutssituation der Kinder und Jugendlichen betrachtet, „so zeigt sich seit den 1990er Jahren ein konstanter Anstieg. 2003 weisen Kinder in allen Altersgruppen eine überdurchschnittlich hohe Armutsrate

auf“ (a.a.O. S. 77). Gleichzeitig konstatiert der 12. Kinder- und Jugendbericht, dass gerade eine Investition in Bildung (sowohl in institutionelle Bildung als auch in den Zugang zu bildungsrelevanten außerinstitutionellen Förderangeboten) einer späteren Armutslage vorbeugt (vgl. a.a.O., S. 79).

Die gerechtere Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an den sozioökonomischen Ressourcen und die spätere Bewahrung vor Armut sind daher untrennbar miteinander verknüpft. Unterlassene Förderungen für Kinder und Jugendliche in materieller wie auch kultureller, sozialer und gesundheitlicher Hinsicht, verpasste Bildungs- und Lebenschancen, der Verlust eines primären Erfahrungsraums für die Persönlichkeitsentwicklung von Jugendlichen mit Auswirkungen auf das Selbstwertgefühl sind nur winzige Beispiele für die Kosten einer nicht gerechten Teilhabe an den gesellschaftlichen Ressourcen.

Alle gesellschaftlichen Akteurinnen sind aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass alle Kinder und Jugendlichen in dieser Gesellschaft eine Perspektive haben.

II. Selbstverpflichtung der Mitgliedsverbände des Landesjugendringes

Die Mitgliedsverbände im Landesjugendring Niedersachsen verstehen sich als Anwälte für die Interessen von Kindern und Jugendlichen. Daher sehen sie es als ihre Aufgabe an, auf diese Fehlentwicklungen zum Wohle des gesamten Gemeinwesens hinzuweisen und diesen durch das eigene Handeln entgegenzuwirken.

Zu diesem Zwecke verpflichten sich die im Landesjugendring zusammengeschlossenen Jugendverbände dem Ziel einer gerechteren Gesellschaft mit Perspektiven für alle Kinder und Jugendlichen.

Die Jugendverbände wollen

- das Bewusstsein für die Entstehung von sozialen Benachteiligungen als strukturelles

Am Auftreten.
Antwort zu Frage 3

- WEGE IN EINE GERECHTERE GESELLSCHAFT

Problem wecken.

- alle Altersgruppen für die Frage nach gerechterer Verteilung von Ressourcen zwischen den Generationen sensibilisieren.
- allen Bevölkerungsgruppen die gesellschaftlichen Folgen von unzureichenden Perspektiven für Kinder und Jugendliche bewusst machen.
- im Rahmen ihres je eigenen Selbstverständnisses aktiv zu einer gerechteren Gesellschaft beitragen.
- Die Jugendverbände verpflichten sich selbst im Rahmen des Landesjugendringes Niedersachsen im Jahr der Jugend 2006:
 - * die Frage von Zukunftschancen und bestehenden Benachteiligungen zu einem Schwerpunkt zu erheben.
 - * einzelne Aspekte von Gerechtigkeit (z. B. Fragen von sozialer Benachteiligung und deren Vererbbarkeit, vermindertem Zugang zu Bildung, Armut, Zugang zum Erwerbsmarkt, Auswirkungen der Globalisierung, Benachteiligungen durch wirtschaftliche und steuerliche Regelungen...) auf den Hauptausschuss-Sitzungen zu thematisieren und möglichst aus der Bestandsaufnahme konkrete Handlungsempfehlungen zu entwickeln.
 - * auf dem Jugendforum zum Jahr der Jugend 2006 vom 5. bis 6. Mai die beschriebenen Problemlagen zwischen Jugendlichen und politisch Verantwortlichen intensiv zu erörtern. Jugendliche sollen dabei ihre Visionen und konkreten Anliegen für eine gerechtere Gesellschaft einbringen.
 - * die Thematik als Querschnittsaufgabe in der Arbeit der Arbeitsgemeinschaften und Projekte im Landesjugendring (z. B. AG Bildung, AG Frauen, AG Jugendringe, AG

Bergen-Belsen) inhaltlich weiterzuführen und konkrete Formen der Umsetzung der oben genannten Ziele zu erarbeiten.

III. Forderungen an Politik

Der Niedersächsische Landtag hat im Dezember 2005 für 2006 das Niedersächsische Jahr der Jugend beschlossen; ebenso hat die Landesregierung als Teil der BRD der UN-Kinderrechtskonvention zugestimmt.

In der Folge dieser Beschlüsse sind die politischen Akteure in Niedersachsen aufgefordert, in ihrem politischen Handeln durch konkrete Schritte dazu beizutragen, dass

- Kinder und Jugendliche einen für ihre körperliche, geistige, seelische, sittliche und soziale Entwicklung angemessenen Lebensstandard und volle soziale Sicherheit haben.
- die sozialen Sicherungselemente finanziell und personell so ausgestattet sind, dass sie eine gerechtere Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums gewährleisten.
- ein grundsätzliches Bleiberecht für alle hier geborenen Kinder und Jugendlichen gewährleistet wird (und keine staatlich initiierte Familientrennung durch Abschiebung ihrer Erziehungspersonen stattfindet).
- keine weiteren Kürzungen im Leistungsbereich für Kinder und Jugendliche vorgenommen werden, da diese Armut von Kindern und Jugendlichen fördern.
- Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit mit höchster Priorität initiiert und weiterentwickelt werden.
- Kinder und Jugendliche aller sozialen Schichten gleiche Chancen in Schule, außerschulischer Bildung, Ausbildung, Beruf und Studium haben. Hierzu gehört eine Lernmittelfreiheit für alle SchülerInnen, die Rücknahme der Einführung von Studiengebühren

Indem man die Lehrer abschafft
und durch neutral benotende Ro-
boter ersetzt!
Antwort zu Frage 7

Besser bombensicher, (denn) wie
soll man ohne Geld die Familie
und sich selbst ernähren?
Antwort zu Frage 1

AGENDA DES JUGENDFORUMS NIEDERSACHSEN

VOM 04. / 05. MAI



Jhr geht
mit der
Welt um
als hättet
ihr eine
zweite im
Keller!

Unsere Perspektiven für eine Gesellschaft der Zukunft

1. Wir fordern, dass Arbeit anders verteilt wird! Es soll ein neues Verhältnis von Zeit (Familie, Freizeit, Ehrenamt) und Geld geschaffen werden!
2. Wir fordern mehr Ausbildungsplätze, dies soll über Ausbildungsplatzabgabe möglich werden!
3. Wir fordern mehr aktive Mitarbeit, mehr öffentliche Anerkennung und mehr finanzielle Unterstützung für Beteiligungsarbeit
4. Wir fordern stabile Rahmenbedingungen für ehrenamtliche Arbeit: Ehrenamt muss wieder ein EHRENAMT sein, muss sich mit Schule und Job vereinbaren lassen und darf Hauptamtliche nicht ersetzen.
5. Wir fordern das Land Niedersachsen auf, aus der Atomkraft auszusteigen!
6. Wir fordern eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
7. Wir fordern eine Neugestaltung der Integrationspolitik, die nicht im Widerspruch zur Verfassung steht!
8. Wir fordern die volle Anerkennung der pädagogischen Mitarbeit im Angebot der Ganztagschule. Denn Ganztagschule darf keine Verwahranstalt sein!
9. Wir fordern mehr Geld für die Bildung! Wenn Studiengebühren eingeführt werden sollten, dann nur bei Erhalt des Hochschultats und unter Anrechnung ehrenamtlicher Arbeit!

an den niedersächsischen Hochschulen sowie eine angemessene finanzielle Ausstattung der verbandlich wirkenden Bildungsstätten.

- der Zugang zu Bildung (und medizinischer Versorgung) für alle Kinder und Jugendlichen mit prekärerem Status sichergestellt wird.
- ehrenamtliches Engagement in der Jugendarbeit nachhaltig durch finanzielle Förderung abgesichert wird. Dazu gehört, dass für den Bereich des JFG die Mittel wieder mindestens auf das Niveau von 2003 angehoben werden und die Erstattung von Verdienstausschlag für ehrenamtliche Gruppenleiterinnen wieder eingeführt wird.
- das Anrecht von Kindern und Jugendlichen auf angemessene Freizeitaktivitäten und Freizeiterholung umgesetzt wird. Um dieses zu gewährleisten, sind auch finanzielle Mittel für den Bereich Freizeit und Erholung zur Verfügung zu stellen.

Damit verbunden ist die Frage nach der gemeinsamen gesellschaftlichen Zukunft und den Chancen, die Kindern und Jugendlichen darin eingeräumt werden sollen. Agenda des Jugendforums Niedersachsen vom 04./05. Mai

Biblischer Impuls zum Jugendsozialgipfel am 11. November 2006 in Hannover

Armut heißt: „Es gibt nichts mehr.“ von Landesbischof Dr. Friedrich Weber

„Armut heißt: .. Es gibt nichts mehr“ – so steht es über dieser Veranstaltung.

Es gibt nichts mehr – keinen Nachschlag oder überhaupt gar keine Mahlzeit, kein Taschengeld, keinen Ausbildungsplatz, keine neuen Jeans, kein offenes Ohr, keine Perspektive, keine Kinokarten, nichts gibt es mehr. Aus, vorbei – der Hahn abgedreht, das Zimmer dunkel.

„Armut heißt: .. Es gibt nichts mehr.“ Dieser Satz klingt verschieden – je nachdem, wo man lebt und was man um sich herum erlebt. Arm sein in Darfur ist etwas anderes als arm sein in Niedersachsen. Arm sein in Porto Alegre, fühlt sich anders an als arm sein in Hannover oder Gifhorn, in Oldenburg oder Höxter. Und trotzdem – auch wenn es immer im Blick zu behalten gilt, dass Menschen auf dieser Erde am Nicht-Haben des Lebensnotwendigsten sterben – ist Armut auch in Deutschland ein Thema, das wir nicht ausgrenzen können, wie es die problematische Wortwahl vom „abgehängten Prekariat“ suggeriert. Im Gegenteil: Die Armutproblematik verlangt unsere sensible Aufmerksamkeit und ganze Tatkraft, nicht zuletzt deshalb, weil die Kirche sich seit ihren Anfängen an die Seite der Armen gestellt weiß.

Vorgestern ging die EKD-Synode in Würzburg zu Ende, die sich schwerpunktmäßig, mit der Frage nach Gerechtigkeit zwischen Armen und Reichen auseinandersetzte. In ihrer Einbringungsrede wies die Synodale und Vizeprä-



sidentin des Deutschen Bundestages Katrin Göring-Eckhardt darauf hin, dass Arme in unserer Kirche eher Objekte diakonischen Bemühens als Subjekte kirchengemeindlichen Lebens sind: „Wir beugen uns zu den Armen herab und müssten ihnen doch auf Augenhöhe begegnen. Arme sollen nicht nur in unseren Suppenküchen essen, sondern sie sollen im Kirchenchor singen und im Gemeinderat mitgestalten.“¹ Auch diesen Einwand sollten wir zu Beginn all unserer Überlegungen ernst nehmen, denn dass arm sein in Deutschland vor allem bedeutet, an vielen Aspekten gesellschaftlichen Lebens nicht teilzuhaben, zeigt sich auch in der verschwindend niedrigen Präsenz armer Menschen in unseren kirchengemeindlichen Bezügen. Erhärtet wird dieser Befund durch die jüngste Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung politische Typen und Schichten betreffend. Unser kirchliches Milieu speist sich danach aus engagiertem Bürgertum, Leistungsindividualisten und selbstgenügsamen Traditionalisten und noch manchem, der sich nicht so einfach kategorisieren lässt; die so ge-

1 Göring-Eckhardt, Katrin, Einbringungsrede zum Kundgebungsentwurf „Gerechtigkeit erhöht ein Volk – Armut und Reichtum“, Drucksache III/4 der 5. Tagung der 10. Synode der EKD in Würzburg vom 5.-9.11.2006



nannten Unterschichten dagegen gehören mit großer Wahrscheinlichkeit nicht dazu. Dabei sind arm gewordene oder von Verarmung bedrohte Menschen in unserem Land keine tragischen Einzelfälle; im Gegenteil: „Laut Bericht der Bundesregierung im Jahr 2005 gelten 17 Prozent der Bevölkerung als von Armut bedroht ... fast jedes siebte Kind ist von Armut betroffen und beinahe jeder fünfte Jugendliche.“² Das bedeutet u. a., dass etwa zwei Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren in Deutschland von Leistungen auf dem Sozialhilfeniveau leben.

Natürlich muss man bedenken, dass darunter besonders viele kleine Kinder allein erziehender Mütter fallen, deren – mangels entsprechender Betreuungsmöglichkeiten - situationsbedingte Arbeitslosigkeit in die direkte Abhängigkeit von der staatlichen Fürsorge führt.

Beachtet man aber, dass neben eingeschränkten materiellen Möglichkeiten und schlechterer Gesundheit vor allem niedrigere Bildungschancen und geringere soziale Teilhabe zu den wichtigsten Armutsrissen gehören,³

2 Göring-Eckhardt, a.a.O.
3 Artikel: „Arm, ärmer, Kind“, in: „Die Zeit“ vom 6.4.2005

wird die Dramatik der hohen Zahlen armer Kinder und Jugendlicher erst recht deutlich. Schlechte oder fehlende Schulabschlüsse führen zu einer vollständigen Perspektivlosigkeit auf dem ohnehin angespannten Arbeitsmarkt und damit zu Ausgrenzung, die Göring-Eckhardt als „Ausschluss von Teilhabe und Anerkennung in verschiedenen Bereichen des sozialen Lebens, Ausschluss vom Arbeitsmarkt, von einem Mindestmaß an Wohlstand und von sozialen Netzen“⁴ charakterisierte.

Ich möchte im Folgenden von einer präzisen Analyse der Armutproblematik Abstand nehmen und mich auf biblische Aussagen und theologische Konsequenzen des Themas beschränken. Dabei werde ich mich im Wesentlichen auf die EKD-Denkschrift zur Armut „Gerechte Teilhabe“ und auf Frank Crüsemanns Bibelarbeit „Reiche und Arme begegnen sich“ (auf der eben beendeten Synode gehalten) beziehen.

Im Psalm 126 heißt es: „Wenn der Herr die Gefangenen Israels erlösen wird, werden wir sein wie die Träumenden, dann wird unser Mund voll Lachens und unsere Zunge voll Rühmens sein“, dann wird, wie es ganz am Ende der Bibel heißt, der Herr alle Tränen

4 Göring-Eckhardt, a.a.O.

abwischen und „der Tod wird nicht mehr sein, noch Leid noch Geschrei noch Schmerz wird mehr sein.“ (Offb 21,4) Dass Gottes Reich unter uns anbrechen möge, hoffen und erleben wir - wie es das lateinische precor = dringlich bitten und flehen, von dem sich das Wort Prekariat ableiten lässt, nahelegt.⁵ Aber wir leben in der Spanne, von „schon“ und „noch nicht“. Mit Jesus Christus ist sein Reich schon unter uns angebrochen, aber noch nicht vollendet. Diese Spanne ist schmerzhaft und leidvoll, aber eben auch mit einer klaren Hoffnung und Zusage beschenkt.

So sind wir unterwegs zu mehr Gerechtigkeit und Frieden und dabei begabt mit Freiheit, beschenkt mit verschiedenen Talenten und betraut mit Gottes Schöpfung. Aus diesem Kontext heraus haben wir auch die Armutproblematik zu bedenken.

1. Christliches Menschenbild

Die Schöpfungsgeschichte erzählt, dass Gott den Menschen zu seinem Bilde schuf. Aus dieser Gottebenbildlichkeit folgt die unveräußerliche Würde jedes Einzelnen und damit auch eine nicht zu hinterfragende Gleichwertigkeit jedes Menschen.

Wir alle leben mit geschenkter und begrenzter Zeit. Jede und jeder unter uns ist von Gott ins Dasein gerufen, niemand verdankt sein Leben sich selbst.

Gleichzeitig betont das biblische Zeugnis aber auch, „dass jeder Mensch als Individuum und damit anders als die Andern geschaffen ist⁶ und das Recht hat, entsprechend zu leben.“⁷ So beschreibt schon die Geschichte von Kain und Abel zwei sehr verschiedene Brüder, die

⁵ Crüsemann, Frank, Bibelarbeit „Reiche und Arme begegnen sich“ (Sprüche 22,2), Drucksache XX/7 der 5. Tagung der 10. Synode der EKD in Würzburg vom 5.-9.11.2006

⁶ Gerechte Teilhabe. Eine Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland zur Armut in Deutschland, hg. vom Kirchenamt der EKD, Hannover 2006, 18

⁷ ebd.

jeweils auf die ihnen gemäße Weise ihren Lebensunterhalt verdienen und ihren Alltag bestreiten.

Christliche Sozialethik setzt deshalb einerseits voraus, dass es Unterschiede zwischen den Menschen und ihrer Leistungsfähigkeit gibt⁸ und hält andererseits fest, dass es eben dieser Unterschiedlichkeit wegen zwingend ist, dass sich eine Gesellschaft ihrer ärmsten Mitglieder annimmt und ihre Leistungsfähigkeit auch den Schwächeren zugute kommt.

Weil das so ist, haben Christen der Unterscheidung von Menschen in nützliche und überflüssige Glieder einer Gesellschaft zu widersprechen. In dem Wissen, dass wir ein Leib und viele Glieder sind, gilt es die Gaben und Talente aller als Gottes Geschenk wertzuschätzen und uns mit dem, was wir haben und sind in die Nachfolge Christi zu stellen.

2. Option für die Armen

In der biblischen Option für die Armen konkretisiert sich das Doppelgebot der Gottes- und Nächstenliebe. Schon in der Urfahrung Israels, seiner Befreiung aus der ägyptischen Sklaverei, zeigt sich Gottes besondere Nähe zu den Armen und Entrechteten. Handelte er hier noch verborgen in der Geschichte, so offenbart sich Gott in Jesus Christus und seinem schmachvollen Sterben am Kreuz als Geringsster und Niedrigster unter uns allen.

Jesu Nähe zu allen Mühseligen und Beladenen wird auf seinem irdischen Weg deutlich und erhält im Gleichnis vom Weltgericht (Mt 25, 31-36) eine radikale Steigerung. Denn hier identifiziert er sich mit den Hungrigen und Durstigen, den Fremden, Nackten, Kranken und Gefangenen.

Zu allen Zeiten haben Bettler vor den Türen des Tempels gelegen, hat Krankheit und Schwäche zu Ausgrenzung geführt. Der mit Geschwüren bedeckte Lazarus konnte sich

⁸ Göring-Eckhardt, a.a.O.



glücklich schätzen, wenigstens Abfälle und Reste zu finden – dabei muss man keineswegs ins Altertum zurück, um Beispiele zu finden, für Menschen, die sich so ernähren. Die Kluft zwischen Armen und Reichen ist riesig und hebt sich am Ende nicht auf. Im Gegenteil: Lazarus sitzt in Abrahams Schoss – der Reiche leidet Höllenqualen – es wird alles offenbar.

Und trotzdem ist es im Deutschland der Gegenwart noch möglich, soziales Scheitern als eigenes Versagen zu stigmatisieren, also sich eher im Hochmut als der Barmherzigkeit zu üben.

Katrin Göring-Eckardt hat in Würzburg dieses Phänomen sehr deutlich benannt: „Macht es wirklich Sinn, dass wir urteilen, zum Beispiel, da könne jemand nicht mit Geld umgehen? Schließlich kann man aus Hülsenfrüchten schmackhafte Sachen kochen, die allemal günstiger sind als Fastfood. Tatsächlich, da hat dieses Hauptschulkind, das kaum lesen kann, den neuesten MP Player und einen Computer im Zimmer und einen Monat später auch noch Markenturnschuhe.“⁹

⁹ Vgl.: Gerechte Teilhabe, S. 63

Schlägt sich hier nicht einfach nur deutlicher nieder, was sich ein Durchschnittsverdiener an Unvernunft getrost leisten kann? Er wird ja auch nicht hinterfragt, muss sich nicht rechtfertigen für sein Konsumverhalten ...

Aber wer wollte noch von Chancengleichheit reden angesichts von beispielsweise 1700 Stunden mit Büchern und Geschichten, die ein Mittelstandskind in den ersten sechs Lebensjahren genießt im Vergleich zu nur 24 Stunden solcher lustvollen Förderung, die einem armen Kind vergönnt sind, von Migrantenkindern ganz zu schweigen.

Sicher: Wir können die Armen zu übersehen, ihnen ausweichen. Lazarus liegt allermeist nicht vor unserer Tür – er hat ja eigene Wohngegenden. Auch das schamvolle Schweigen der Betroffenen neben uns lässt sich leicht überhören.

Aber wenn wir nicht hinhören, nicht hinsehen, nicht unseren Mund und unser Herz für die Schwächeren auftun, dann wäre das – mit den Worten Martin Bubers – eine „Vergegnung“, denn die Bibel lässt keinen Zweifel - die



Teilhabe an der Wirklichkeit Gottes ist an die Teilhabe an die Wirklichkeit der Armen gebunden.

3. Der Kreislauf des Segens

Ein anderer Blick auf die Bibel zeigt, dass sie nicht nur eine theologische Bestimmung von Armut transportiert, sondern durchaus auch sehr pragmatische Regelwerke vorhält, die die wachsende Verschuldung und den dadurch bewirkten Abstieg sozial schwacher Menschen verhindern sollen. So heißt es in Dtn 24,12f mit Blick auf gewährte Darlehen: „Wenn die betreffende Person arm ist, darfst du ihr Pfand nicht über Nacht behalten, sondern du sollst ihr den Pfand wenn die Sonne untergeht zurückgeben, damit sie in ihrem eigenen Gewand schlafen kann und dich segnet. Das ist deine Gerechtigkeit vor Gott.“ Schon hier werden Darlehen ohne ausreichende Sicherung, Schuldenerlasse und eine Grundversorgung aus dem allgemeinen Aufkommen festgehalten. Dabei ist das dahinter stehende Denken von der Überzeugung geleitet, dass Wohlstand Gottes Gabe ist, dass unser Wohlergehen von seinem Segen abhängig ist.

Das Alte Testament regelt also durch Rechtssysteme – die ein verbindlicher Bestandteil des Bundes Gottes mit seinen Menschen sind – den Anteil und Anspruch aller an Gottes Segen, seinen guten Gaben. So wird gesicherte Teilhabe zum Weg, die Kluft zwischen arm und reich zu überwinden. Dabei ging es schon damals nicht

nur um materielle Grundsicherung, sondern auch um Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

Beispielsweise schreibt Dtn 16 vor, das Wochenfest gemeinsam zu feiern, denn dort heißt es: „Und du sollst fröhlich sein vor dem Herrn, du und dein Sohn und deine Tochter, dein Knecht, deine Magd und der Levit, der in eurer Stadt lebt, der Fremdling, die Waise und die Witwe ... und denke daran, dass du Knecht in Ägypten gewesen bist ...“ Mit anderen Worten: „Denke daran, dass es dir jetzt gut geht, weil ich dich gesegnet habe – nicht, weil du selbst so fleißig warst.“

Dabei redet das Alte Testament nicht von ausgleichender Gerechtigkeit, sondern verweist, dass aus der Partizipation der Armen neuer Segen erwächst. Oben zitierte ich, dass wer auf das Pfand verzichtet, von dem Armen gesegnet würde.

Der Kreislauf läßt sich vielleicht so beschreiben: Die Armen segnen die Reichen und garantieren deren Gerechtigkeit. So kommt der Segen der Reichen durch die Armen. Lassen wir uns nicht verleiten, diese theologische Erkenntnis zynisch mit dem Kreislauf des Geldes gleichzusetzen, sondern hören wir darin, dass gesagt ist:

Selig sind die Armen, denn sie sind unsere Zukunft, in ihnen ist Gott uns nah, in ihrer Schwäche ist seine Kraft mächtig.



„Armut in Deutschland“ Jugendsozialgipfel 11. November 2006 in Hannover

Dr. Hans-Jürgen Marcus, Diözesan-Caritasdirektor Hildesheim und Sprecher der Nationalen Armutskonferenz

Die Nationale Armutskonferenz (NAK) ist ein Zusammenschluss der Wohlfahrtsverbände (AWO, Caritas, Diakonie, Rotes Kreuz, Jüdische Wohlfahrt, Paritätischer Wohlfahrtsverband), von Betroffenen- und Solidaritätsorganisationen (Bundesarbeitsgemeinschaft

der Sozialhilfeempfänger, BAG Schuldnerberatung, BAG Wohnungslosenhilfe; die Tafeln, Verein Armut und Gesundheit...), des Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Bundesjugendrings. Die NAK versucht, Lobby für von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffene Menschen zu sein. Immer wieder nimmt sie in sozialpolitischen Bilanzen zu einzelnen Aspekten des Armutsthemas Stellung. Anfang November 2006 gab es unter Federführung der NAK zum ersten Mal ein öffentlich sehr beachtetes Treffen von Armen auf nationaler Ebene im Caritasverband in Hildesheim. Die NAK wollte damit deutlich machen, dass es dringend an der Zeit ist, Betroffene an der Diskussion und an den Vorschlägen für Lösungswege zu beteiligen.



Wichtige Themen waren dabei folgende:

- Arme Menschen erwarten, dass ihre Würde gewahrt bleibt. Das bedeutet, dass öffentlich mit Respekt über ihre Situation gesprochen wird (und nicht mit Generalverdächtigungen wie bei den beliebten Missbrauchsdebatten) und dass sie in Ämtern und Behörden würdevoll behandelt werden.
- Arme Menschen sind bereit, ihr Engagement in gesellschaftliche Entwicklungen einzubringen. Sie würden gern mitwirken an politischen Beratungs- und Entscheidungsprozessen, insbesondere wenn sie ihre Lebenssituation sehr nah betreffen.
- Arme Menschen brauchen Unterstützung insbesondere durch niedrigschwellige Beratungsangebote, um im Dschungel von Behörden und Verordnungen Orientierung zu finden.
- Arme Menschen brauchen die Verbesserung ihrer materiellen Lebenssituation, die ihnen ein Leben in Würde im Sinne des sozio-kulturellen Existenzminimums möglich macht.

Ein solcher Ansatz der Beteiligung von Betroffenen unterscheidet sich von vielen Diskussionen über die Köpfe der Betroffenen hinweg. Eigentlich verlaufen Debatten etwa so: „Und wie viele Arme gibt es in Deutschland?“ – kein Interview, keine Podiumsdiskussion zum Thema Armut, die nicht mit genau dieser ärgerlichen Frage eröffnet würde; ärgerlich deshalb, weil man nun – wenn man denn redlich ist – zur Beantwortung gerade mal wählen kann zwischen einem „das lässt sich nicht so einfach beantworten!“ und einem „kommt ganz darauf an!“ – beides nicht gerade Einstiege, die eine Hörerschaft fesseln. Lieber möchte man erzählen von den betroffenen Menschen, von den werdenden Müttern in unseren Schwangerenberatungsstellen mit der Aufforderung, sich eine neue kleinere und günstigere Wohnung zu suchen, von den Karrieren der Kinder in den Einrichtungen



der Kinder- und Jugendhilfe, von den Erfahrungen und den Wartelisten der Schuldnerberatungsstellen, von den Verschärfungen der Erfahrungen in den Notfallambulanzen, vom boomenden Geschäft der sozialen Mittagstische und Kleiderkammern, von den Erfahrungen der Ein-Euro-Jobber.

Auch hier kommen wir nicht an Definitionen und einigen Zahlen und Statistiken vorbei. Folgende Aspekte sollen im Folgenden näher betrachtet werden:

1. Was ist Armut?
2. Der zweite Armuts- und Reichtumsbericht
3. Armut und soziokulturelles Existenzminimum (Regelsätze)
4. Kinderarmut und Bildungsarmut
5. Armut und Gesundheit
6. Armut und Arbeitslosigkeit (Hartz IV)
7. Maßnahmenpaket zur Bekämpfung von Armut von Kindern und Jugendlichen in Deutschland

1. Was ist Armut?

Es ist ein Unterschied, ob jemand in Köln oder Kalkutta arm ist. Armut bemisst sich immer am Wohlstand eines Landes. Armut ist

damit ein relativer Begriff, der Unterschiede markiert.

Armutdefinition der Vereinten Nationen: Danach lebt in absoluter Armut, wer weniger als einen Dollar pro Tag zum Leben hat (1 Mrd. Menschen). Weniger als 2 Dollar, 3,7 Mrd. Menschen.

Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht bezieht sich nach der Definition der EU auf eine so genannte Armutsrisikoquote. Gezählt werden dabei Personen, deren Einkommen weniger als 60 Prozent des durchschnittlichen Haushaltseinkommens beträgt. Nach dem 2. Armuts- und Reichtumsbericht betrug diese Risikogrenze 938,- Euro auf der Datenbasis von 2003. Mit weniger als 75 % befinden sich Menschen in einer prekären Lage. Bei einem Einkommen von weniger als 40 % spricht man von strenger Armut.

Eine wichtige Bezugsgröße in Deutschland ist der Regelsatz bzw. die Höhe staatlicher Mindestsicherungsleistungen; der Regelsatz liegt derzeit bei 345,- Euro zzgl. Wohnungskosten und ggf. Hinzuverdienst. Die Anzahl der Empfänger staatlicher Mindestsicherungsleistungen hat sich mit Inkrafttreten des SGB II und XII mehr als verdoppelt. Aktuell leben 7,8 Mio Menschen von Sozialleistungen – darunter über 1,7 Mio Kinder unter 15 Jahren.

Natürlich hat Armut nicht nur eine materielle Dimension; gerade der 2. Armuts- und Reichtumsbericht geht von einem Lebenslagenansatz aus. Armut stellt eine Verletzung von Grundrechten dar und ist nicht nur eine finanzielle Frage. Sie umfasst auch Aspekte wie Zugang zu angemessenem Wohnen, eine qualitative Gesundheitsversorgung, Zugang zur Pflege und Betreuung von Kindern und älteren Menschen, Beschäftigungsmöglichkeiten und Gelegenheiten für lebenslanges Lernen oder kulturelle Teilhabe. Wenn der Kinderwagen auf Kredit gekauft werden muss, beginnt ein frühes Leben in der Verschuldung.



Wenn Kinder nicht zum Kindergeburtstag gehen können, weil das Geburtstagsgeschenk, das erwartet wird, zu teuer ist, dann beginnt hier frühe soziale Ausgrenzung. Wenn der Nachhilfeunterricht aus der Sozialhilfe nicht bezahlt werden kann (wo doch in Deutschland 3,9 Mrd. Euro für Nachhilfe bezahlt werden), dann beginnt hier die Verhinderung von Bildungsteilhabe ...

Menschen leben in extremer Armut, wenn sie ihre Ansprüche auf Sozialhilfe oder ALG II nicht selbständig geltend machen können. Maßgeblich dafür sind Arbeits- und Wohnungslosigkeit, Einkommensarmut, Überschuldung, mangelnde Bildung, Drogenmissbrauch, Straffälligkeit sowie Krankheit.¹⁰

Armut kann politisch und gesellschaftlich immer nur das sein, worauf wir uns in einem gesellschaftlichen Diskurs verständigen, was Armut ist. Es gibt kein wissenschaftliches Instrumentarium, das definieren könnte, was Armut ist. Armut zu definieren heißt, die Fragen nach der Verpflichtung zum Teilen des gesellschaftlich erwirtschafteten Wohlstandes zu stellen.

¹⁰ Gerechte Teilhabe. Befähigung zu Eigenverantwortung und Solidarität. Eine Denkschrift des Rates der EKD zur Armut in Deutschland, Gütersloh 2006

2. Der zweite Armuts- und Reichtumsbericht

„Die Bekämpfung der Armut ist ein Schwerpunkt der Politik der neuen Bundesregierung. Besonders die Armut von Kindern muss reduziert werden.“ So hieß es im ersten Koalitionsvertrag der rot-grünen Bundesregierung im Oktober 1998. Acht Jahre später ist die Bilanz ernüchternd: Die so genannte Armutsrisikoquote ist von 1998 bis 2003 von 12,1 auf 13,5 % gestiegen. Vom Risiko der Einkommensarmut betroffen wären demnach in Deutschland über 11 Millionen Menschen. Kinder und Jugendliche sind überproportional von Armut betroffen. 19 % aller Jugendlichen oder fast jeder Fünfte lebt in Armut. Gegenüber 1998 ist das ein Anstieg um fast ein Drittel. Auch bei Kindern bis 15 Jahre ist der Anteil mit 15 % überdurchschnittlich.

Die Nationale Armutskonferenz hat den 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung ausdrücklich begrüßt. Er leistet einen konstruktiven Beitrag zur Auseinandersetzung über die Lebenslagen armer Menschen in Deutschland. Leider zeigt die Analyse, dass der Bericht unter dem Eindruck steht, die Reformpolitik der Bundesregierung zu rechtfertigen. Wenn der Bericht darauf hinweist, dass die Regelsätze in der Sozialhilfe für Kinder unter 7 Jahren um 10 % erhöht wurden, gleichzeitig aber verschweigt, dass sie für über 7-Jährige um 5 % und für 14 - 18-Jährige um 10 % gekürzt wurden, dann ist das eben höchstens die halbe Wahrheit. Insgesamt kommt es zu einer schwierigen Vermischung von Analyse und politischer Bewertung. Man sollte diesen Bericht der Bundesregierung in die Hände eines unabhängigen Sachverständigenrates legen. So geschieht es beispielsweise beim Kinder- und Jugendbericht oder beim Bericht zur Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen durch den Sachverständigenrat. Auf der Grundlage eines wissenschaftlichen Gutachtens unter Einbeziehung der Erfahrungen der Wohlfahrtsverbände und Initiativen könnte dann eine öffentliche Auseinandersetzung über die Bewertung der

sozialen Lage in Deutschland erfolgen.

Ist der Bericht, so muss man sich fragen, wirklich auch ein Reichtumsbericht? Er leistet eine differenzierte Darstellung der Vermögensentwicklung, aber es fehlt z. B. eine Darstellung der Einkommensentwicklung und der zunehmenden Einkommensungleichheit. 1998, so der 2. Armuts- und Reichtumsbericht, besaßen zehn Prozent der reichsten Haushalte bereits fast 45 % des gesamten Nettovermögens. 2003 sind es mit knapp 47 % noch einmal gut zwei Prozent mehr. Die unteren 10 % besitzen nichts mehr. Sie haben Schulden. 3,13 Mio deutsche Haushalte sind überschuldet. Den leeren öffentlichen Kassen steht ein nicht gekanntes Privatvermögen gegenüber. Während die Lohnzuwächse bei den Niedrigverdienern unter der Inflationsrate lagen, konnten die Spitzenverdiener ihre Bezüge deutlich steigern. Bei den DAX-Vorständen waren das 2005 15 %.¹¹ Die soziale Ungleichheit hat damit das höchste Niveau seit der Datenerhebung 1984 erreicht.

Erstmals beleuchtet der Bericht die Lebenslagen von Menschen in verdeckter und in extremer Armut. Nach Aussagen des Berichts kommen auf drei Sozialhilfeempfänger noch einmal 1,5 bis 2 Sozialhilfeberechtigte, die ihren Anspruch nicht geltend machen (Das sind ca. 30 – 40 % Dunkelziffer). Im zugrunde liegenden Forschungsbericht von Hauser liegt die Dunkelziffer zwischen 40 und 50 %, bei Migranten noch deutlich höher. Schlimmstenfalls muss angenommen werden, dass in Deutschland nur jede zweite Sozialhilfeberechtigte Sozialhilfe bezieht.

Vor diesem Hintergrund ist die Aufregung zu sehen, die entsteht, wenn eine auflagenstarke Tageszeitung von „Florida-Rolf“

¹¹ Lt. Manager magazin 7/2006 S. 33. Der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank steigerte seine Vergütung in 2005 von 10,08 auf 11,90 Mio. Euro, also um 18 % (laut FR vom 24.03.06)

berichtet, der es sich in Florida gut gehen lässt und Sozialhilfe bezieht. Unbestritten: Sozialhilfemissbrauch kommt vor. Wer sich Sozialhilfe erschleicht ist ein Betrüger. Man vermutet den Missbrauch bei 4,44 %.¹² Gleichzeitig werden 50 % berechtigter Sozialhilfearsprüche nicht eingefordert. Wohl kein Gesetzesvorhaben wurde in den letzten Jahren so schnell durch das parlamentarische Verfahren gebracht wie das gegen Sozialhilfemissbrauch. Es bezieht sich auf 950 Sozialhilfeempfänger, die im Ausland leben.

Unzufrieden muss man insgesamt mit dem Themenbereich „Migrantinnen und Migranten“ sein. Insgesamt ist das Armutsrisiko der Migranten dreimal so hoch. Vor allem **fehlt die Darstellung** der Probleme der über 12 Crome, M.: Armut – Sozialhilfe – Sozialhilfepraxis, in: Deutscher Caritasverband (Hrsg.): Jahrbuch 2004, 34-39



500.000 in Deutschland lebenden Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus. Im Armuts- und Reichtumbereich kommt dieses Thema lediglich in einer Fußnote vor.

3. Armut und soziokulturelles Existenzminimum (Regelsätze)

Die NAK hält das soziokulturelle Existenzminimum für eine wesentliche sozialpolitische Größe. Sozialhilfebezieher haben gemein, dass sie über einen kürzeren oder längeren Zeitraum in Einkommensverhältnissen leben, die in direktem Zusammenhang mit Armut und Ausgrenzung stehen. Dabei soll Sozialhilfe ein soziokulturelles Existenzminimum festlegen und damit auch ein Mindestmaß an kultureller Teilhabe sichern.

Das Niveau des Regelsatzes ist nicht bedarfsdeckend. Eine Expertise des DPWV weist nach, dass bei der Neuberechnung der Regelsätze für das Jahr 2005 durch willkürliche Festsetzungen die Summen klein gerechnet wurden: Gerade mal 3,60 € stehen für die Schuhe von im Wachstum befindlichen Kindern zur Verfügung, 13,88 € für Kleidung, 1,41 € für Spielzeug, 1,33 € für Schulhefte, Malsachen und Schreibzeug, 1,26 € für Zoo-, Kino oder Theaterbesuch.

Basis der Rechtsverordnung ist die jeweils zur Verfügung stehende Auswertung der EVS. Dabei verblüfft es schon, dass sich auch für 2006 trotz des Bezugs auf eine neue EVS, die ja nur alle fünf Jahre erhoben wird, „keine signifikanten Veränderungen ergeben haben“ und bei der Nachberechnung punktgenau wieder der Eckregelsatz errechnet wird, der auch schon im Vorjahr und unter anderen Ausgangsbedingungen galt. Tatsächlich sind bei der Regelsatzberechnung Kürzungen in einzelnen Bereichen vorgenommen worden, die fachlich nicht begründbar sind und auch mit dem tatsächlichen Bedarf der Betroffenen nichts zu tun haben. Es wird zwar eigentlich das Ausgabeverhalten der untersten 20 % auf der Einkommensskala herangezogen, aller-

dings wurden auf einzelne Ausgabepositionen Abschläge vorgenommen, was letztlich bedeutet, dass man so etwas wie ein „statistisches Warenkorbmodell“ zu Grunde legt.

Ist dieses Verfahren schon zweifelhaft genug, so verliert es noch mehr an Sinn, wenn man sich vor Augen führt, dass es keinen eigenen Regelsatz für Kinder gibt, der sich an deren spezifischen Bedarf orientiert, was dann z. B. zu der absurden Situation führt, dass für sie zwar keine „Unterrichtsgebühren (z. B. für Musik- und Nachhilfeunterricht) berücksichtigt werden, wohl aber der Betrag für „alkoholische Getränke und Tabakwaren“ abgeleitet werden kann. Aber auch die Berücksichtigung kinderspezifischer Bedarfe lässt vermuten, dass die Schöpfer des Regelsatzes nie ein wirkliches Kind außerhalb der Statistik erlebt haben. Mit 1,76 € pro Monat für Schulmaterial, 0,86 € für Spielzeug und 250 € im Jahr für die gesamte Bekleidung inkl. Schuhe wird dem kindlichen Bedarf wohl nicht annähernd entsprochen.

Außerdem muss der Regelsatz angehoben werden aufgrund von gestiegenen Energiekosten und erheblichen Zuzahlungen und Praxisgebühren im Gesundheitssystem. Im neuen Jahr folgt dann noch die Mehrwertsteuererhöhung.

Über alles betrachtet betrifft der Regelsatz weit über 5 Mio Menschen ganz direkt. Darüber hinaus jeden Bürger, der Einkommensteuer zahlt. Wie die Tagesschau vom 27. Juli 2006 meldet, leben allein 2,5 Mio Kinder unter 18 Jahren auf Sozialhilfeniveau; damit hat sich deren Zahl seit 2004 fast verdoppelt, wie der Kinderschutzbund betont.

Die Festlegung der Regelsätze sollte zukünftig nicht auf dem Verordnungsweg, sondern durch gesetzliche Regelung nach einer parlamentarischen Diskussion vollzogen werden. Das soziokulturelle Existenzminimum ist keine Verwaltungsfrage, sondern gehört in die öf-

fentliche und parlamentarische Debatte.

Nach § 4 der Regelsatzverordnung ist in den Jahren ohne Neubemessung der aktuelle Rentenwert Maßstab für die Fortschreibung des Regelsatzes. Der Rentenwert hat aber mit den Verbrauchsausgaben der untersten 20 vom Hundert der nach ihrem Nettoeinkommen geschichteten Haushalte der EVS nichts zu tun. Er orientiert sich an Faktoren, die mit dem soziokulturellen Existenzminimum nichts zu tun haben (z. B. demografische Entwicklung). Schon jetzt steht die Aussage, dass die Rentenwerte bis 2009 nicht erhöht werden sollen. Bei berechtigter Inflationsunterstellung sinkt also das soziokulturelle Existenzminimum weiter. Geeigneter wäre hier eine Orientierung am Verbraucherpreisindex für Deutschland (VPI).



4. Kinderarmut und Bildungsarmut

War 1965 in Deutschland jedes 75. Kind auf Sozialhilfe angewiesen, ist es heute jedes siebente. Das ist eine Versechzehnfachung. In Deutschland ist die relative Kinderarmut seit 1990 stärker gestiegen als in den meisten anderen Industrienationen.¹³ Dies zeigt, wie sehr wir in unserem Land von einer Infantilisierung und Familialisierung der Armut sprechen müssen. Laut Studie der Paritäten „Zu wenig für zu viele“ hat sich bei Kindern unter 15 Jahren die Zahl derjenigen, die auf Sozialhilfeniveau leben, von 950.000 (Ende 2004) auf 1,7 Mio erhöht. Das sind 14,2 % oder jedes 7. Kind in Deutschland. Hauptursache ist neben der Armut in Migrantenfamilien und der hohen Arbeitslosigkeit die hohe Armut in Familien von allein Erziehenden. Diese Frauen haben wegen mangelnder Kinderbetreuung geringe Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Staatliche Transferleistungen können das nicht kompensieren.

Gleicher Zugang zur Bildung ist die beste Prävention gegen Armut.

- Kinder aus Familien in Einkommensarmut haben ein doppelt so hohes Risiko, in ihrer sprachlichen, sozialen und gesundheitlichen Entwicklung beeinträchtigt zu sein wie solche aus finanziell gesicherten Familien.
- Kleinkinder aus Unterschichtsfamilien hören nur einen Bruchteil der Wörter wie die aus höheren Schichten.
- Sie haben weniger Kontakte zu Gleichaltrigen.
- Kinder aus Familien, die lange in Armut leben, haben einen 9 Punkte geringeren IQ als Kinder aus nie verarmten Familien.

¹³ Vgl. dazu die Unicefstudie „Child Poverty in Rich Countries 2005“ und die Ergänzungsstudie des RWI Essen „A Portrait of Child Poverty in Germany“ zu finden unter www.unicef.de

- Der Fernsehkonsum in solchen Familien ist stark erhöht.
- Auch in der Nachbarschaft dieser Familien wohnen häufig Arme.
- Es kann nicht hingenommen werden, dass in Deutschland 15 % eines Altersjahrgangs keinen Berufsabschluss erreichen. Bei jungen Menschen mit Migrationshintergrund bleibt sogar ein Drittel ohne Berufsabschluss.
- Von der armen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter haben 13,6 % keinen allgemeinen Schulabschluss, fünf mal soviel wie sonst.
- 42 % der Armen besitzen keinen beruflichen Abschluss.

Bildungschancen, so der 2. Armuts- und Reichtumsbericht, werden vererbt. So hatten Sprösslinge von Gutverdienern eine 7,4-fach größere Chance, ein Studium aufzunehmen, als Kinder aus einem Elternhaus mit niedrigem sozialem Status. Ich erinnere: Bei PISA geht es wesentlich um die Verfestigung von sozialen Herkunft in Deutschland. Seit Ende Oktober 2005 wissen wir: Die Verfestigung sozialer Herkunft hat in Deutschland noch weiter zugenommen. Kinder aus reicheren Elternhäusern sind denen aus ärmeren Verhältnissen im Stoff um durchschnittlich zwei Schuljahre voraus. Es geht um die zunehmende Belastung für Bildungsteilhabe: Von Lernmittelfreiheit, Schulgebühren an privaten Schulen und Elternbeteiligung beim Schülertransport bis hin zu Studiengebühren. Es geht aber auch um die Zerstörung einer kleinteiligen sozialen Infrastruktur der Jugendsozialarbeit, der Schulsozialarbeit insbesondere, aber auch von Schulschwänzerprojekten usw. Insbesondere Kinder in Armut profitieren von formellen Betreuungsformen für ihre schulischen Leistungen und für ihre Sozialentwicklung. Sie sind diejenigen, die etwa durch Ganztagschulen und Kinderkrippen mehr Chancen erhalten.



5. Armut und Gesundheit

Das Thema „Armut und Gesundheit“ ist in der Vergangenheit kaum in den Armutsberichten berücksichtigt worden. Insgesamt fällt eine dünne Forschungslage auf. Die NAK hat eine spannende Fachtagung veranstaltet. Die Ergebnisse liegen als sozialpolitische Bilanz vor. Das Thema ist aktuell geworden durch das Gesundheitsmodernisierungsgesetz (GMG). Die Zuzahlungspflicht für Grundsicherungsempfänger hat zu einer faktischen Absenkung des Regelsatzes geführt. Sozialhilfeempfänger müssen Zuzahlungen leisten und nicht verschreibungspflichtige Hilfsmittel selber bezahlen.

Der Zusammenhang zwischen Armut und Gesundheit muss, insbesondere bei Kindern und Menschen in extremer Armut intensiver analysiert werden. Grundsicherungsempfänger dürfen nicht mit Praxisgebühren und Zuzahlungen zusätzlich belastet werden. Arme Menschen sind im letzten Jahr seltener zum Arzt gegangen. Wichtige Vorsorgeleistungen und Impfungen werden nicht in Anspruch genommen, Mutter-Kind-Kuren nicht wahrgenommen usw. Während Menschen mit weniger als 1.000,- € Einkommen im letzten Jahr um 19,2 % weniger zum Arzt gegangen sind, waren es bei denen mit über 3.000,- € nur 8,2 %.

Aus unserer Sicht zeigt dieses Thema erneut, dass unser Sozialstaat „kerngesund“ ist, d. h. er ist im Kern gesund und wird an den Rändern – also bei denen, die besonders auf Sozialstaat und Solidarität angewiesen sind – immer brüchiger.

Arme sterben früher. Das einkommensschwächste Fünftel stirbt etwa 7 Jahre früher als das einkommensstärkste Fünftel. Arbeitslose haben ein deutlich höheres Sterberisiko als gleichaltrige Erwerbstätige. Das geht aus einer Studie des Instituts für medizinische Psychologie an der Uni Leipzig hervor. Danach ist bei Menschen ohne Job die Sterblichkeit schon kurz nach Beginn der Arbeitslosigkeit mehr als doppelt so hoch. Menschen, die zwei Jahre arbeitslos sind, haben ein vier mal höheres Sterberisiko. Depression, Suchtkrankheiten, Erschöpfungssymptome, Bluthochdruck und Herzinfarkt treten bei Arbeitslosen häufiger auf.¹⁴

6. Armut und Arbeitslosigkeit (Hartz IV)

Das deutsche Modell des Sozialstaates, in dem ein Großteil der staatlichen Sicherungsleistungen über Sozialabgaben finanziert wird, die von den Arbeitgebern und ihren fest angestellten Beschäftigten erbracht werden, ist an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit gestoßen.

Die demographische Entwicklung, das schwache wirtschaftliche Wachstum mit geringen Beschäftigungsimpulsen, der Rückgang sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung und die gefährdete Nachhaltigkeit der sozialen Sicherungssysteme markieren die sich gegenseitig bedingenden Problemfaktoren der bundesdeutschen Gesellschaft.

Dazu gehört es allerdings, sich über die Situation in Deutschland zu verständigen: Stimmt es nach wie vor, dass es um mutige Reformen geht, die das Wachstum anheizen und in deren

¹⁴ Süddeutsche Zeitung vom 14./15.08.06

Scheiße, meine Mutter ist Erzieherin! Sie muss auf Kinder unter drei aufpassen! Und sogar wickeln!
Antwort zu Frage 5

Folge dann die Arbeitslosigkeit erfolgreich beseitigt wird? „Verschwindet das Gespenst der Arbeitslosigkeit, das sich in Deutschland eingenistet hat, wenn man eine konsequent unternehmensfreundliche Angebotspolitik macht?“, so fragt mit Recht der im letzten Jahr verstorbene Peter Glotz.¹⁵ Oder geht es nicht darum, die nicht realistische Unterstellung auf Wiederherstellung von Vollbeschäftigung aufzugeben und zu fragen, wie Menschen sinnvoll leben können, auch wenn sie keine Arbeitsplätze finden? Damit sind wir bei den Fragen des zweiten und dritten Arbeitsmarktes, der Gestaltung des Niedriglohnssektors, der Grundsicherung usw.

Wir müssten dazu aber zu einem Ansatz zurückkommen, der die strukturellen Themen unseres Arbeitsmarktes in den Vordergrund rückt und die Verdrehung dank Hartz IV wieder aufgibt, dass nicht die Arbeitslosigkeit unser Problem Nr. 1 ist, sondern die Arbeitslosen. Hartz IV hat viel dazu beigetragen, dass die Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger unter Generalverdacht gestellt worden sind, Drückeberger zu sein. Natürlich hat das in Deutschland große Tradition, selbst bei den Bundeskanzlern. Von „kollektivem Freizeitpark“ (Kohl) war da die Rede und vom „Recht auf Faulheit“ (Schröder). Noch nicht lange ist es her, dass der ehemalige Wirtschaftsminister Clement Hartz IV-Empfänger als Parasiten bezeichnete.

Das Risiko der Arbeitslosigkeit ist bei Menschen ohne Berufsausbildung um ein Mehrfaches höher als bei qualifizierten Erwerbslosen. Bei Personen mit Hochschulabschluss ist die Quote im Jahr 2002 mit 3,3 % kaum höher als Mitte der 70-er Jahre. Bei Personen mit mittlerer Ausbildung hat sie sich etwa verdoppelt. Das strukturelle Problem ergibt sich bei den Personen ohne Berufsausbildung. Lag deren Arbeitslosenquote Mitte der 70-er Jahre mit 5 % ungefähr doppelt so hoch wie bei den anderen Gruppen, liegt sie heute mit 15 Beck, ebd. S.21

20 – 25 % etwa drei bis vier mal höher als die Quote der Personen mit Berufsausbildung.¹⁶ Deutschland nimmt bei der Arbeitslosenquote der Geringqualifizierten einen Spitzenplatz im internationalen Vergleich ein. Geboten ist also eine spezifische Entlastung gering qualifizierter Arbeit bei den Lohnnebenkosten. Die Ausweitung eines Niedriglohnssektors spezifisch für die Gruppen der gering Qualifizierten kann zu seiner Reduzierung der Arbeitslosigkeit führen. Hier bedarf es ergänzender sozialer Leistungen. Denn wer ganztags arbeitet, sollte mehr verdienen als jemand, der die Grundsicherung bezieht.

Gerade diese arbeitslosen Menschen können selbst mit individueller Beratung nur schwer in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden. Sie brauchen spezifische Begleitung und müssen immer wieder motiviert werden, um eine komplexe Problematik Stück für Stück aufzuarbeiten.

Die Integration von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt gelingt nicht. Dies ist nicht nur darin begründet, dass keine Arbeitsplätze zur Verfügung stehen, sondern auch in der Ideenlosigkeit und Fixierung auf die Ein-Euro-Jobs in den Arbeitsgemeinschaften und Optionskommunen.

Die Zunahme von Arbeitslosigkeit und insbesondere die steigende Zahl von Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen (Minijobs und Ich AGs) dürften wesentlich zur Steigerung der Armutsquote beigetragen haben.

Natürlich geht es um eine Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Aber warnen muss man vor der Illusion, dass das Thema Armut sich durch eine Belebung des Arbeitsmarktes erledigt. Arbeitslosigkeit hat eben auch damit zu tun, dass Menschen ohne Berufsausbildung kaum noch Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Während die Akademikerarbeitslosigkeit heute etwa genauso hoch ist wie in den 70-er Jahren, hat sich die Arbeitslosigkeit der Menschen ohne Berufsausbildung etwa vervierfacht.

Ätz-Job, es gibt keinen Traumjob, jeder (Job) hat gute sowie schlechte Seiten. Würde den Ätz-Job für meine soziale Sicherheit nehmen, Traumjobs gibt's zu wenig.
Antwort zu Frage 2

Jahren, hat sich die Arbeitslosigkeit der Menschen ohne Berufsausbildung etwa vervierfacht.

Konnte man im ausgehenden Jahrtausend noch von einem gesellschaftlichen Fahrstuhl-Effekt sprechen, in dem alle gesellschaftlichen Klassen und Schichten nach oben befördert wurden, muss man nach Agenda 2010 und insbesondere Hartz IV wohl eher von einem Paternostereffekt sprechen. In dem Maße, wie die einen nach oben gelangen, werden die anderen nach unten transportiert.

Sozialstaatlichkeit, die eigentlich Verfassungsrang hat, besitzt keinen Eigenwert mehr, sondern muss sich nach der Standortlogik wirtschaftlichen und Machtinteressen unterwerfen. Dieser Prozess wird von den neoliberalen Ideologen als unabwendbare Konsequenz der Globalisierung betrachtet.

7. Maßnahmenpaket zur Bekämpfung von Armut von Kindern und Jugendlichen in Deutschland

a) Erhöhung der Grundsicherung

Die Nationale Armutskonferenz hat eine Erhöhung der Regelsätze um 20 % also auf 420 € gefordert. Darin sind eingerechnet der Wertverlust des Regelsatzes in den letzten Jahren, die zusätzlichen Kosten etwa für Praxisgebühren und Zuzahlungen, ein Teil der gestiegenen Energiekosten und die beschlossene Erhöhung der Mehrwertsteuer.

Das beste Bildungssystem kann nicht verhindern, dass es Verlierer gibt. Denen muss in einer menschenwürdigen Gesellschaft durch die viel gescholtenen „monetären Transfers“ geholfen werden. Man kann den Transfer-Staat nicht einfach durch einen „investiven Sozialstaat“ ersetzen. Man kann lediglich dafür sorgen, dass der Sozialstaat stärker als bislang als vorsorgender Sozialstaat agiert.



Die Denkschrift der EKD sagt, dass um die Höhe dieser Transfers immer gerungen werden wird und muss, denn man kann aus der Bibel nicht ableiten, wie hoch der Sozialhilfesatz oder ALG II sein sollte. Was ein Einkommen wirklich wert ist, hängt aber auch davon ab, was ein Staat an Infrastruktur und Real-Transfers (z. B. Kinderbetreuung und gebührenfreie Schulen) bereitstellt.

Natürlich wären hier viele Fragen zu diskutieren, etwa die einer stärkeren Steuerfinanzierung. Der Anteil der Steuerfinanzierung an der sozialen Sicherung sollte zunehmen. Denn die Finanzierung des deutschen Sozialstaates durch Beiträge auf Arbeitseinkommen („Lohnnebenkosten“) erweist sich möglicherweise immer mehr als Arbeitsplatzvernichter.

b) Schaffung einer Infrastruktur für frühe Betreuung und Bildung

Ein weiteres wichtiges Steuerungselement zur Bekämpfung von Armut ist die Familienpolitik. Sie muss weit stärker als bisher an der Situation der Armen ausgerichtet werden. Eine große Zahl von Kindern wird von den durchaus begrüßenswerten Maßnahmen der Bundesregierung zur Verbesserung der Situation von Familien nicht genügend erreicht

oder zumindest nicht wirksam genug gefördert. Ihnen hilft vor allem die Bereitstellung institutioneller Förderleistungen. In dieser Hinsicht könnte sich der kostenlose Zugang zu Kindertagesstätten als ein richtiger Weg erweisen.

Die Stichpunkte seien hier noch einmal genannt: Schaffen von ausreichenden Krippen- und Tagesbetreuungsangeboten, Ganztagsbetreuung in Kindertagesstätten und Schulen ...

c) Reform des Bildungssystems

Bessere Bildungspolitik, die im Vorschulalter anfangen muss, soll nicht nur zur Eigenverantwortung befähigen, sondern der Titel der Denkschrift weist bereits darauf hin, dass auch der Wille zur Solidarität vom Bildungssystem vermittelt werden muss. Und Solidarität mit den Schwächen der Gesellschaft wird immer notwendig sein.

Natürlich gehören dazu auch Kindergärten und Schulen, die armutssensibel sind. Langfristig geht es um die Aufgabe der frühen schulischen Selektion. Persönlich bin ich davon überzeugt, dass mehr Professionen an deutschen Schulen beteiligt werden müssen. Lebens-, Entfaltung- und Beteiligungschancen setzen Eigenverantwortung ebenso voraus wie Solidarität. Bei Vermittlung dieser Kompetenzen kommt dem Bildungssystem eine Schlüsselrolle zu.



Vor allem Bildung und Qualifizierung bieten in einer hoch entwickelten komplexen Gesellschaft und unter den Bedingungen der Globalisierung die Chance, einen Arbeitsplatz zu erhalten und so dauerhaft vor Armut gesichert zu sein. Dem steht das derzeitige deutsche System der Elementar- und Schulbildung durch die herkunftsbedingte Zuweisung ungleicher Entwicklungschancen entgegen. Was wir brauchen, ist Entschlossenheit auf allen Ebenen, um Chancengerechtigkeit praktisch zu realisieren und die vorhandenen Fähigkeiten zur Entwicklung von Eigenverantwortung und Solidarität in Erziehung, Bildung und Ausbildung zu fördern. Ein neuer Geist der Wertschätzung und der Beteiligung muss die im Bildungssystem vorhandenen Tendenzen zur Ausgrenzung überwinden. Nur so kann das Problem der Arbeitslosigkeit nachhaltig angegangen werden.

d) Über Armut öffentlich mit Respekt reden

Man muss in Deutschland lernen, mit mehr Respekt von den Armen und über Armut und soziale Ausgrenzung zu reden. Die unzulässigen Individualisierungen gesellschaftlicher Problemlagen sind zu vermeiden. Eine Sozialberichterstattung in den Bundesländern und auch auf kommunaler Ebene könnte dazu einen Beitrag leisten.

e) Engagement der Zivilgesellschaft

Verbände und Kirchen sind vielfach tätig. Es braucht dieses zivilgesellschaftliche Engagement. Auch die evangelische Jugend kann ihren Beitrag leisten, indem sie öffentlich Stellung nimmt, wenn respektlos über Arme geredet wird; wenn es darum geht, dass Gemeinden Räume bereitstellen, in denen Betroffene sich organisieren; indem sie eintritt für lokale Bündnisse gegen Armut und soziale Ausgrenzung und nicht zuletzt, indem sie immer wieder einen scharfen Blick dafür entwickelt, wo im eigenen Bereich soziale Ausgrenzung oft genug unbewusst geschieht.



ERGEBNISSE DER WORKSHOPS

Kann es eine „gerechte“ Kindheit geben, d. h. ein Aufwachsen, ohne dass man durch die Probleme, Vergangenheiten und Neurosen der Erziehungsberechtigten belastet wird?
Antwort zu Frage 6



Workshop 1

Geht unsere Jugendarbeit an den (armen) Jugendlichen vorbei?

Wie geht es den Jugendlichen wirtschaftlich? Wen sprechen wir an? Alles eine Frage des Milieus?

Ein Blick in die Wirklichkeit von vielen Jugendlichen und einen in die Wirklichkeit der Evangelischen Jugend. Schnittmenge? Herausforderungen?

Jörg Ratzmann, Karsten Peuster

Kurzbeschreibung/Problemanzeige

- 15 – 20 % der Jugendlichen gelten als arm! Die verbreitete Hoffnungslosigkeit und fehlende Positionen und Leitbilder sind Formen von Armut.
- Gefahr: defizitäre Betrachtungsweise
- Vorstellung der Gemeinwesenarbeit des Bethlehempkellertreff Linden in Hannover-Linden
- Problem: Häufige Konzentration auf (Klein-)bürgerliche Gruppierungen/Nachwuchs

- Armut wird (oft) ausgegrenzt

Konkrete Verabredungen, Verpflichtungen, Aufgabenstellungen

- Reflexion tut Not: Was wollen wir erreichen?
- Wen wollen wir ansprechen?
- Ev. Jugend muss sich an Netzwerken beteiligen!

Workshop 2

Macht Armut Kinder und Jugendliche krank?

Ideen zur Ernährungsaufklärung

Armut ist für Kinder und Jugendliche nicht nur ein finanzielles Problem. Sie wirkt sich auch stark auf ihre Gesundheitschancen aus. Daher wollen wir in diesem Workshop der Frage, ob – aber vor allem wie – Armut Kinder und Jugendliche krank macht und mit welchen praktischen Ideen wir diesem Problem in unserer Arbeit mit Kindern und Jugendlichen begegnen können, nachgehen.

Irene Skrobanek (PRINT-Projekt Dannenberg), Michaela Truß

Kurzbeschreibung/Problemanzeige

Definition der WHO „Gesundheit“: Zustand des völligen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens.

Aufgeteilt in folgende Aspekte: physisch, psychisch, emotional, sexuell, sozial, spirituell. Auswirkungen auf die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen laut Kinder- und Jugendgesundheitsurvey:

- 15 % der 3 – 17-Jährigen sind übergewichtig.
- 21,9 % der 11 – 17-Jährigen haben eine Essstörung.
- 22 % der 7 – 17-Jährigen haben psychische Auffälligkeiten.

Diese Faktoren werden von ungünstigem Familienklima, engen Wohnverhältnissen und einem niedrigen sozialökonomischen Status noch verstärkt.

- Ansatz in der Gesundheitsförderung
- Verhaltensänderung und Bewusstsein schaffen und Lebenskompetenzen stärken

- Probleme: Oft fehlen Erfahrungen mit „gesundem Essen“, immer mehr Kinder gehen ohne Frühstück in die Schule; oft wird von dem wenigen Geld das „falsche“ Essen gekauft.

Konkrete Verabredungen, Verpflichtungen, Aufgabenstellungen, Umsetzungsideen

- kostenloses Frühstück vor der Kirche bzw. vor der Schule
- bei eigenen Veranstaltungen kostenfrei Wasser und Obst zur Verfügung stellen
- Kochangebote: z. B. in Ferienaktionen/im Jugendtreff
- Gesundheitsfest: z. B. in Ferienaktionen/im Jugendtreff, an einem Nachmittag in der Kirchengemeinde
- Ernährungskisten als aufsuchendes Angebot an Schulen
- Gesunde Ernährung und Gesundheitserziehung im Kontext von Armut auf Teamer/innenfortbildungen

Dass sie traurig ist.
Antwort zu Frage 3

Ungerecht, sie arbeiten doch viel
mehr, außerdem sind sie gerechter
und nicht gelinkt!
Antwort zu Frage 5



- Bewegungsaspekte auf Freizeiten stärker berücksichtigen
- Im Jugendbereich: Mehr Kooperationen mit anderen Trägern der Jugendarbeit, um die Zielgruppe zu erreichen
- Im Kinderbereich: Kochen, gesundes Essen etc. als Themen aufgreifen

Workshop 3

Das Recht auf Bildung für alle – Wahrheit oder Wunschvorstellung?

Haben wir sie wirklich, die soziale Gerechtigkeit in Bezug auf Bildung? Wohl eher nicht, denn der soziale Status, als die Zugehörigkeit zu einem bestimmten sozialen Milieu, gilt als mitverantwortlich für den Bildungserfolg. Aufgrund solcher Informationen kann nur gerätselt werden, warum in Deutschland kein einheitliches und chancengleiches Bildungssystem für alle Menschen gewährleistet wird und wohin die Einführung von Studienge-

bühren führen soll.
Siegfried Rupnow, Benjamin Borchers

Kurzbeschreibung/Problemanzeige

- Niedrigschwellige Angebote nötig bei Wahrung des Profils
- KU-Modelle, die die soziale Kompetenz in den Blick nehmen
- Ehrenamtliches Engagement auf Studiengebühren anrechnen
- Studiengebühren sind ehrenamts- und bildungsfeindlich!
- Wo es Studiengebühren gibt, muss über Kompensationsmodelle nachgedacht werden
- Bildungsgutscheine für Kinder
- Stärkung der Hauptschulen und nicht nur Eliteförderung

- Ökonomie und Bildung konzeptionell diskutieren
- Bildung ist „mehr als nur Ökonomie“
- Bildungszeiten ermöglichen und finanzieren, vom Kindergarten an
- Bildung ist nicht umsonst, aber kostenlos
- Lehrmittelfreiheit nötig
- Durchlässigkeit zwischen den Schulsystemen ermöglichen

Workshop 4

Gerechtigkeit schafft Leben

„Gerechtigkeit“ ist ein Weltthema, wobei jede und jeder etwas anderes unter diesem Begriff versteht. In dem Workshop wird es darum gehen, sich anhand von ausgesuchten markanten Bibeltexten ein christlich fundiertes Verständnis von „Gerechtigkeit“ zu erarbeiten.
Wolfgang Blaffert, Cornelia Dassler

Kurzbeschreibung/Problemanzeige
Was ist für dich Gerechtigkeit?

- „den Menschen sehen“
- ohne Gerechtigkeit kein Frieden
- Gerechtigkeit ist, dass jeder gleich behandelt wird, egal, ob er jung, alt, dunkel- oder hellhäutig, arm oder reich ist
- Gerechtigkeit ist, wenn alle zufrieden sind?
- dem Schwächeren helfen
- wenn jeder/m das Gleiche zusteht, fern von sozialer Schicht, man erntet, was man sät
- Gerechtigkeit, wenn alle zum Leben haben, was sie brauchen
- Gerechtigkeit ist die Quelle des Lebens und Gottes Wille
- wenn keiner hungern muss
- wenn Menschen teilen



Der Prophet Amos hat schon zu seiner Zeit festgestellt, was wir heute auch sagen können. Die Kritik des Propheten zeigt auf, was die sozialen Missstände in der Gesellschaft sind: Entrechtete arme Menschen (die Mehrheit) sehen sich den Interessen weniger Reicher gegenüber. Amos prophezeit diesen Reichen den Untergang. Es wird ganz konkret sichtbar, wie die Situation war. Amos stellt fest: Wer ungerecht lebt und über andere herrscht, ist fern von Gott.

Konkrete Verabredungen, Verpflichtungen, Aufgabenstellungen:

- Gerechtigkeit hat aus der Perspektive Gottes mit Güte zu tun, nicht mit absoluter Gleichbehandlung.
- Respekt ist der erste Schritt auf dem Weg zu Gerechtigkeit.
- Gerechtes Handeln sichert Zukunft und orientiert sich daran, was der Mensch nötig hat.

Wahrer und ehrlicher Gottesdienst ist es, für Gerechtigkeit zu sorgen, für Schwache einzutreten. Wer das nicht tut, braucht auch nicht zu singen und zu beten.

Workshop 5

Normalbiographie: jung, hoffnungsvoll, arbeitslos

Arbeitslosigkeit ist ein Problem, das die ganze Gesellschaft betrifft.

Für Jugendliche bestehen schon früh zwei deutliche Barrieren:

1. den Schulabschluss zu schaffen
2. und bei einer beendeten Ausbildung das Finden eines Arbeitsplatzes.

Der Workshop soll einen Überblick geben, wie das Suchen und Finden von Ausbildungs- und Arbeitsstellen abläuft, was das Problematische dabei ist und wie geholfen werden kann. Karl-Heinz Friebe, Jens Müller

Kurzbeschreibung/Problemanzeige

Was ist Arbeit/was bedeutet sie für mich?

- Geld verdienen – Spaß – soziale Kontakte
- Fähigkeiten – Sinnhaftigkeit – Zeitvertreib – für andere etwas tun
- Was fehlt einem, der keine Arbeit hat?
- Tagesstruktur
- Sinnhaftigkeit, Selbstdefinition „Mich braucht niemand“
- Der Arbeitsmarkt sortiert nach Geschlecht
- Chancen/Wissen werden (unwissentlich) vorenthalten
- Warteschleifen bringen nichts, der Rest zieht vorbei
- Bewerbungen nach Aussehen sortiert (die meisten Bewerbungen sind standardisiert)
- Wo gibt es Arbeits-/Ausbildungsstellen?
- Betriebe sind verunsichert

Konkrete Verabredungen, Verpflichtungen Aufgabenstellungen:

- Unternehmen müssen Verantwortung tragen und ausbilden
- Abitur ist kaum noch etwas wert
- Schulen müssen praxisnäher ausbilden
- Wie konsumieren wir? Geiz ist dumm!
- Es muss Möglichkeiten für „einfache“ Tätigkeiten geben
- Sinn der Wirtschaft darf es nicht sein, nur Gewinn zu machen, sondern der Gesellschaft zu dienen. Die Produktionsmittel dürfen nicht über die Arbeiter bestimmen!
- Die Ev. Jugend/Kirche muss zeigen, dass jeder (ob berufstätig oder nicht) viel wert ist
- Weg von Entwertung durch Begriffe wie Humankapital/1-Euro-Jobber

Workshop 6

Reden ist Silber, Handeln ist Gold!?

Was tut sich in der Politik? Wird da nur viel geredet?

Haben Politiker schon mal hautnah Armut bei Kindern und Jugendlichen erlebt?

Wie kann Betroffenen mehr Gehör verschafft werden?

Michael Albers (MdL SPD), Alida Weinert

Kurzbeschreibung/Problemanzeige

- Diskussion über Geburtenrate
- Diskussion über Zusammenhang von Armut und Bildung
- Forderung nach Betreuungsmöglichkeiten für Kinder
- Betriebskindergärten

- Reform der Schulen, so dass Bildung nicht vom ökonomischen Standard der Eltern abhängt. Kinder sind Armutsrisiko
- Frage nach Partizipation der Jugendverbände in der Politik. Da „Bildung“ ideologisch besetzt ist, wird es keine überparteilichen Bewegungen zur Reform geben.

Konkrete Verabredungen, Verpflichtungen, Aufgabenstellungen

Durch mehr Kommunikation mit den Parteien kann die Zusammenarbeit gestärkt werden. Nicht nur Forderungen an die Politik stellen, sondern regelmäßig kontrollieren. Als „Verband mit großen Einflussmöglichkeiten den Parteien ständig auf die Füße treten. Nur wenn man nachfragt, kann man was erreichen.“

Workshop 7

Global denken – lokal handeln

Situationen, in denen es um Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit geht, können immer aus ganz verschiedenen Perspektiven betrachtet werden.

Immer profitieren Menschen davon, wenn andere ungerecht behandelt werden. Der Workshop wird deutlich machen, wie eng wir mit all dem zusammenhängen.

Veit Laser, Hannelore Köhler

Ein Polizist, der den Verkehr regelt!
Antwort zu Frage 4

Friedlichkeit – Zusammenarbeit
bzw. anderen helfen
– zusammenhalten!
Antwort zu Frage 4

Warum sind die Frauen
so kompliziert?
Antwort zu Frage 6



Kurzbeschreibung/Problemanzeige

- Schere zwischen arm und reich
- Perspektiven aus Nicaragua, Tschernobyl, Südafrika kamen mit ins Spiel
- Unser Konsum hat Folgen für die ganze Welt

Konkrete Verabredungen, Verpflichtungen, Aufgabenstellungen
Anders mit Spenden für Länder des Südens umgehen, damit ökumenisches Lernen nicht verhindert wird.

Workshop 8

Gleiche Auswirkungen? - Armut bei Mädchen und Jungen

Mädchen und Jungen befinden sich in unterschiedlichen Lebenslagen, deswegen wirkt sich Armut auch verschieden auf sie aus. Geschlechterdifferenzen finden sich z. B. häufig in der Grundversorgung und in der sozialen Lage. Welche Herausforderungen stellen sich daraus für die Arbeit mit armen Mädchen und Jungen?

Der Workshop wendet sich besonders an „junge“ Männer und Frauen.
Martin Schweppe und Frederik Behrens (beide KarlLotta-Ausschuss der Juka Han), Gabi Gust

Kurzbeschreibung/Problemanzeige

Aufgrund eigener Erfahrungen überlegen, wie in „armen“ Familien Mädchen und Jungen

behandelt werden. Alte Rollenzuteilungen greifen nach wie vor.
Geschlecht spielt im Rahmen von Armut eine Rolle

Konkrete Verabredungen, Verpflichtungen, Aufgabenstellungen

- Mut, das Thema anzusprechen
- sich nicht ermutigen lassen
- wie erreichen wir arme Mädchen und Jungen?
- Finanzierung von z. B. Konfirmationsfeiern, Jugendfreizeiten und anderes
- Aktionen, die kostenlos bzw. günstig sind
- Konkrete Angebote für Kinder- und Jugendliche
- geschlechtsspezifische Angebote im Konfirmandenunterricht

Workshop 9

Sehnsucht nach sozialer Gerechtigkeit - Ein Aktionsspiel für Familien und Kleingruppen

Jugendliche haben ganz bestimmte eigene Fragen zum Thema „Soziale Gerechtigkeit“. Wir möchten gemeinsam mit Euch bei einem Spiel herausfinden, was soziale (Un-) Gerechtigkeit ist und die Fragen und möglichen Antworten bei der abschließenden „Duschvorhangaktion“ sammeln. Sie bietet die Möglichkeit, eigene Fragen zu stellen sowie Antworten von anderen Menschen zu bekommen und deren Meinung zu erfahren.

Manfred Neubauer, Sabine Richter

Kurzbeschreibung/Problemanzeige

Jugendliche haben bestimmte Fragen zum Thema Gerechtigkeit; mit Hilfe eines Aktionsspiels haben sie sich mit sozialer Gerechtigkeit auseinandergesetzt. Ausgehend von den Grundeinkommen von 5 000 €, 2 500 € oder 500 € musste ein Monat bestritten werden. Mit dem Geld wurden der Lebensunterhalt finanziert sowie Gemeinwohl-, Besitz-, Sozialkontakt und Kulturkarten erworben.

In unterschiedlichen Reflexionsrunden wurden Erfahrungen ausgetauscht und Konsequenzen für den weiteren Monat überlegt. Dabei zeigte sich, dass die Einkommensstärkeren sich zunächst bedeckt hielten und dann überwiegend solidarisch mit den finanziell Schwächeren waren.

Konkrete Verabredungen, Verpflichtungen, Aufgabenstellungen

Das Spiel ist ein konkreter kreativer Umgang mit dem Thema, führt zu einer persönlichen Auseinandersetzung und fördert die Nachdenklichkeit. Wo wird das eigene Verhalten korrigiert? Wodurch können eigene Entscheidungen getroffen werden?

Workshop 10

Sozialberatung konkret!

Eine Sozialberatungsstelle ist häufig die erste Anlaufstelle für sogenannte „Hilfebedürftige“. Anhand des Beispiels einer Beratungsstelle für Arbeitslose nähern wir uns dem Thema an:

Wie sieht Arbeitslosigkeit aus? Wer ist davon betroffen? Was kann Sozialberatung leisten? Wo sind die Grenzen der Sozialberatung? Welche Folgen hat Arbeitslosigkeit für die Kinder von Arbeitslosen von der Geburt bis zum Ausbildungsabschluss?
Matthias Braunholz (Beratungsstelle für Arbeitslose der ASG e.V.), Michael Peters

Kurzbeschreibung/Problemanzeige

- 30 % Akademiker, viele Frauen
- 1 Euro-Job-Vermittlung
- Bewerbungstraining
- Sozialrechtliche Beratung
- Armut erfahrbar machen
- Armut ein Gesicht geben
- Würde wahren
- Selbstwahrnehmung und Selbsteinschätzung, Fremdwahrnehmung und Selbsteinschätzung
- Wo stoßen wir an Grenzen?
- Weitervermittlung (lernen)
- Eigeninitiative (wie vor 20 Jahren) in einer Gruppe gibt es nicht mehr!

- Arbeitslosigkeit ist nicht Gruppenbildend
- Arbeitslosigkeit stigmatisiert. Die Klienten wollen arbeiten, einfache Jobs gibt es aber kaum.
- Hochspezialisierte Kräfte werden gesucht!
- Was bin ich wert?
- Wo wird mein Wert abgefragt?
- Nicht „Ich habe einen Anspruch!“, sondern: „Ich bin Bittsteller!“
- Die Kraft, Forderungen zu stellen, zeugt von erhaltenem Selbstwertgefühl
- Beratung muss Selbstwertgefühl aufbauen!
- Ignoranz, überforderte Mitarbeiter (viele Bescheide falsch)
- Beratung im Jobcenter arbeitet oft mit Halbwahrheiten –
- Über 6 Mio. Menschen haben keine adäquate Arbeit (2 Mio. „Stille Reserve“)
- Leben/Glück – was heißt das?
- Depression / Frustration entlädt sich nicht mehr im Protest

Konkrete Verabredungen, Verpflichtungen, Aufgabenstellungen

Wie kann Arbeit (anders) verteilt werden?
Welchen Wert hat Arbeit für die Qualität meines Lebens?

Was gehört dazu an Umgang, Zugang, Verhalten, wie kann die Würde Betroffener gewahrt bleiben? Opfer – Täter – Prinzip

Workshop 11

Was ist eigentlich Armut?

Was Armut eigentlich ist, ist bei näherem Hinsehen gar nicht so leicht begrifflich zu fassen.

Wie sprechen wir über Armut?

Der Workshop bietet die Gelegenheit, unter der Leitfrage mit dem Hauptreferenten vertiefend zu diskutieren.

Dr. Hans-Jürgen Marcus, Florian Ernst

„Armut, was ist das?“

- materielle Armut, Bildungsarmut, soziale Armut, geistige & seelische Armut
- Oft zu hohe materielle/finanzielle Ansprüche in Schulen (Bücher, Schreibmittel, Klassenfahrten, Tagesveranstaltungen) an die Kinder und Jugendlichen führen zu einer vorzeitigen Selektion und ebnen so den Weg von der materiellen Armut in die Bildungsarmut.
- Mitarbeitende der Evangelischen Jugend sind oft entfernt von der Lebenswelt armer Kinder und Jugendlicher.
- Es lastet ein hoher gesellschaftlicher Druck auf Kindern und Jugendlichen (Hauptsache die neuesten Markenklamotten und das neueste Handy). Dieser führt auch zur geistigen und seelischen Verarmung - der Mensch wird reduziert auf das Materielle, Stichwort: Modendiktatur

„Jugendarbeit konkret vor Ort“

- Jugendarbeit in unserer Kirche muss sich fragen, ob sie überhaupt noch einen Raum bietet für Kinder und Jugendliche in Armut. Werden wir unseren Ansprüchen gerecht?
- Sommerfreizeiten, „Low Budget Freizeiten“, „Stipendien für Freizeiten“, Freiplätze



- Wenn Jugendarbeit alle „Schichten“ erreichen will, muss damit in den Bereichen angefangen werden, wo noch alle zusammen sind, z. B. Konfirmandenunterricht, Schulen
- Kinder und Jugendliche brauchen vorurteilsfreie Räume (ohne Zwänge und Druck). Diese können sie außer in der Familie (was oft schon fehlt!) nur in der Jugendarbeit erleben. Diese Räume müssen wir als Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter achten und verteidigen.

Gesellschaftlicher und politischer Umgang mit dem Thema „Armut“

- Das Thema „Armut“ wurde lange Zeit von der Politik ignoriert.
- Es wird in Deutschland bei dem Thema Ar-

mut sofort die Schuldfrage gestellt und mit dem Finger auf Einzelne gezeigt. Andere Staaten gehen damit sensibler um – ist dies ein spezielles deutsches Phänomen?

- Problem, dass die Kirche in der Gesellschaft oft nicht mehr als sozialer Rückzugsraum wahrgenommen wird. Kirche muss sich die Frage stellen: Ist Kirche noch Kirche?
- Als Menschen, die der Kinder- und Jugendarmut begegnen und sich ihr entgegenstellen, können und müssen wir uns auf das Evangelium zurückbesinnen.

- Kirche (speziell die Jugendarbeit) muss sich in Gesellschaft und Politik öfter einmischen und laut und klar Stellung beziehen, wenn es um das Thema „Armut“ geht!

Resolution/Forderungen



Bemessungsgrenzen für ALG II erhöhen

Genug Ausbildungsplätze oder Lehrstellen schaffen, ggf. jenseits des dualen Systems



Projekte schaffen, welche die Stigmatisierung bekämpfen („Arbeitslose wollen nicht arbeiten“)

Follow-up Veranstaltungen nach dem Jahr der Jugend zwischen Evangelischer Jugend und Politik planen



Niedrigschwellige Angebote wie offene Türen erreichen benachteiligte Kinder und Jugendliche stärker und müssen daher von Kirche und Staat unterstützt und gefördert werden



Bildungschancen müssen eröffnet werden, d. h.: Lernmittelfreiheit wieder einführen, Studiengebühren abschaffen, Bildungszeiten in die Erwerbsbiographie integrieren, ehrenamtliche Tätigkeiten konstruktiv ins Bildungssystem integrieren

70 % der Bildungsprozesse finden in informeller und nicht formeller Bildung statt. Von daher ist die Jugendverbandsarbeit strukturell weiter zu stärken um diese Bildungsprozesse zu fördern und zu qualifizieren.



Bildungssystem hinterfragen im Blick auf das „Vererben“ von Benachteiligungen bei den Bildungschancen

Eine eigene, von den Eltern unabhängige, Existenzsicherung von Kindern ist zu prüfen

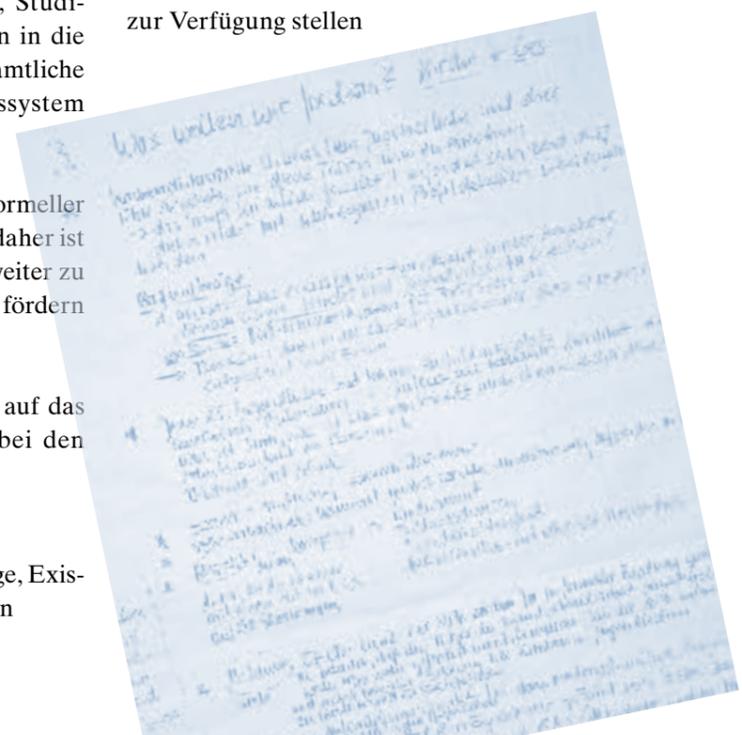
Kirchenleitende Gremien mögen nach innen und nach außen für die Umsetzung der Beschlüsse der EKD- Synode bzgl. des Themas Armut und Reichtum sorgen

Dem Thema Gesundheitserziehung (Ernährung und Bewegung) muss mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden

Der Respekt gegenüber von Armut betroffenen Menschen muss gewahrt werden. Wo er verletzt wird, muss Kirche sich zur Anwältin des Respekts machen. Es müssen Formen gefunden werden, wie sie selber auch an den sie betreffenden politischen und kirchlichen Diskussionen beteiligt werden können (Kooperation und Partizipation).

Bildung muss kostenlos und für alle zugänglich sein für Kinder und Eltern bis zum Ende der Ausbildungszeit

Die Kirche muss Geld für die Finanzierung der von Armut betroffenen FreizeiteilnehmerInnen zur Verfügung stellen



Armut bekämpfen – Armen mit Respekt begegnen

Jugendsozialgipfel der Jugendvertretungen der evangelischen Kirchen in Niedersachsen

Während andernorts am letzten Samstag in Deutschland die närrische Zeit begann, behandelte die Evangelische Jugend im Freizeitheim Ricklingen, Hannover, ein Thema, bei dem einem das Lachen vergeht: »Armut in Deutschland«. Längst ist diese Armut überall sichtbar und wird dennoch tabuisiert. Die 135 ehrenamtlichen und beruflichen Vertreterinnen und Vertreter der fünf Jugendvertretungen der evangelischen Kirchen in Niedersachsen erarbeiteten bei ihrem Jugendsozialgipfel im Laufe des Tages gemeinsame Forderungen, die sowohl in die Landespolitik als auch in die Landeskirchen eingebracht werden.

Die Celler Band »Pentamonic« leitete den Morgen musikalisch ein. Hilke Klüver, Landesjugendpastorin in der Evangelisch-reformierten Kirche, begrüßte die aus allen Regionen Niedersachsens Angereisten und wies auf die Dringlichkeit einer Auseinandersetzung mit der Armut hin: „Kirchliche Jugendarbeit kann diese Tatsache nicht ignorieren und zur Tagesordnung übergehen! Alle Menschen haben die gleiche von Gott geschenkte Würde. Armut ist nicht mehr »weiblich und alt« sondern »jung«.“

Benjamin Borchers, Ev.-luth. Kirche in Oldenburg, moderierte locker und gekonnt durch den Tag. Er erläuterte dem Plenum, dass sich die Jugendvertretungen der Kirchen der Armutsproblematik unter verschiedenen Aspekten stellen und sich über diesen Tag hinaus verpflichten, in ihren jeweiligen Landeskirchen weiter am Abbau dieses sozialen Skandals zu arbeiten.



Dr. Friedrich Weber

In seinem biblischen Impuls kritisierte Dr. Friedrich Weber, Landesbischof der Ev.-luth. Landeskirche in Braunschweig, den Begriff »abgehängtes Prekariat« als eine der übelsten Wortschöpfungen und beklagte, dass soziales Scheitern noch immer als persönliches Scheitern diffamiert werde. „Wir bewegen uns zu den Armen hinab. Wir sollten ihnen jedoch auf Augenhöhe begegnen.“

Komprimiert skizzierte er den Grundriss christlicher Sozialethik, die sich den Armen in besonderer Weise zuwendet und in ihnen mehr sieht als bloße Bedürftige. Christlicher Glaube setzt voraus, dass es Unterschiede zwischen Menschen gibt und will gerade deshalb die Schwächeren unterstützen. „Die Leistungsfähigkeit der einen kommt den anderen zugute.“

Christus hat sich mit den Armen identifiziert. Im Doppelgebot der Gottes- und Nächstenliebe konkretisiert sich diese Option für die Armen. Gesicherte Teilhabe sieht Bischof Weber als Weg, die Kluft zwischen arm und reich zu überwinden. Für seinen engagierten und klugen Beitrag erhielt Landesbischof Weber viel Beifall.

Sein Referat begann Dr. Hans-Jürgen Marcus, Sprecher der Nationalen Armutskonferenz, mit der launigen Bemerkung, dass es ein eigener Reiz sei, als Katholik am St. Martinstag über Armut zu reden. Er berichtete zunächst über den »Nationalen Gipfel der von Armut Betroffenen« in Hildesheim. Ganz oben auf deren Forderungskatalog stand der Wunsch nach Respekt und Würde. „Die von Armut betroffenen Menschen wünschen sich einen respekt- und würdevollen Umgang, statt mitleidige Blicke.“ Sein in sieben Punkte unterteiltes Referat wolle er, betonte Dr. Marcus, aus dieser Respektsperspektive vortragen.

1. Armut ist ein relativer Begriff, der sich am Wohlstand eines Landes bemisst. Armut in

Ich selber muss mir helfen. Denn immer nur aushalten lassen, ist anderen gegenüber ungerecht. Sie arbeiten auch.
Antwort zu Frage 9

Finde ich ungerecht, weil die viel mehr Stress haben als die Lehrer. Sie müssen die Kinder teilweise erziehen.

Geld abschaffen. Fair zu anderen sein.
Antwort zu Frage 8

Köln ist anders als Armut in Kalkutta. Nach einer Definition der UNO wird als »arm« bezeichnet, wer nicht mehr als einen Dollar Tageseinkommen hat. Das betrifft weltweit 1 Milliarde Menschen. In Deutschland wird zur Armuts-Risikogruppe gezählt, wer weniger als 60% des durchschnittlichen Haushaltsaufkommens hat. Aktuell leben 7,8 Millionen Menschen in Deutschland von Sozialleistungen, davon 1,5 Millionen Kinder unter 15 Jahren. Armut hat nicht nur eine materielle Dimension, Armut bewirkt auch zu wenig Zugang zu Beschäftigung, zu Wohnung, zu Pflege. Dieser »Lebenslagenansatz« sollte immer mit berücksichtigt werden.

2. Die rot-grüne Bundesregierung hatte sich 1998 die Bekämpfung der Armut in ihren Koalitionsvertrag geschrieben. Wie ernüchternd acht Jahre später das Resultat ist, zeigt der zweite Armuts- und Reichtumsbericht: Die Armut wächst. Die Anzahl der von Armut betroffenen Kinder und Jugendliche sind deutlich überproportional gestiegen. Die Dunkelziffer derer, die in Deutschland ihren Anspruch auf Sozialleistungen nicht geltend machen, liegt bei 30 – 40 %. Die Schere zwischen Reichen und Armen ist in den letzten Jahren noch weiter auseinander gegangen. Nach Dr. Marcus' Einschätzung wird sich die Arbeitslosigkeit nicht durch eine Belebung des Arbeitsmarktes lösen lassen. Diese »Lebenslüge« müsse endlich aufgegeben werden. Das Thema »Reichtum« wird in Deutschland ebenso tabuisiert wie das Thema »Armut«.

Die soeben zu Ende gegangene EKD-Synode hat auf diesem Gebiet Wertvolles geleistet, indem sie gerade auch die Reichtumsthematik auf ihre Agenda gesetzt hat. Immerhin verfügen die 10 % der reichsten Haushalte in Deutschland über 47 % des gesamten Nettoeinkommens.

3. Armut und sozio-kulturelles Existenzminimum: Die so genannten Regelsätze sind zu

niedrig. Sie ermöglichen keine ausreichende Teilhabe am kulturellen Leben. Eine Anhebung um 20 % ist erforderlich, um allein die Kostensteigerungen aufzufangen und wenigstens ein Minimum an kultureller Teilhabe zu ermöglichen.

4. Armut wird zunehmend jünger: 1975 war jedes 75. Kind auf Sozialhilfe angewiesen, heute ist es jedes sechste bis siebte Kind! Auffällig ist, dass die Kinderarmut in Deutschland stärker angestiegen ist, als in anderen westlichen Industrienationen.

Übereinstimmung herrscht darin, dass Bildung die beste Voraussetzung ist, Armut zu verhindern. Armut beeinträchtigt Intelligenz und soziale Kontakte.

In kaum einem anderen Land gibt es solch eine Verfestigung sozialer Herkunft: Bildungschancen und -defizite werden in Deutschland vererbt. Die Diskussion über die Ergebnisse der PISA-Studien verlagerte sich auf eine Diskussion um Elite-Universitäten und verschleiert damit die Problematik. Eine Reform des Bildungswesens, die diesen Namen verdient, müsse mehr Solidarität fördern und von der frühen Selektion nach dem vierten Schuljahr wegkommen, weil Kinder aus von Armut betroffenen Familien so weniger Chancen haben.

5. Armut und Gesundheit: Die Einführung der Praxisgebühr und Erhöhung der Zuzahlungspflicht für Medikamente hat bewirkt, dass 19,2 % weniger arme Menschen zum Arzt gingen, gegenüber einem Rückgang von 8,2 % bei den Wohlhabenden. Das Risiko früher zu sterben, erhöht sich bei Arbeitslosen bereits im ersten Jahr um das Doppelte. „Der Sozialstaat ist im »Kern« gesund, nicht jedoch an den Rändern. Die Zahlen belegen, dass arme Menschen sieben Jahre früher sterben als reiche.“

6. Das deutsche Sozialmodell ist an seine

Grenzen gestoßen. Traurige Tradition hat in Deutschland eine Stigmatisierung der Arbeitslosen. »Hartz IV« hat das Problem auf die arbeitslosen Menschen abgeschoben und stellt diese unter Generalverdacht, Faulenzer zu sein, nicht arbeiten zu wollen. Dahinter lässt sich eine politische Strategie erkennen: Missbrauchsdebatten werden geführt, um soziale Leistungen weiter absenken zu können. Diffamierungskampagnen, ein deutsches Problem, sollten aufgefangen, das Engagement der Zivilgesellschaft gestärkt werden. Der Würde als Grundrecht des Menschen sollten sich die Kirchen annehmen. Statt weiter auf Vollbeschäftigung zu setzen, sollte in der Politik lieber über Modelle nachgedacht werden, wie Menschen – auch ohne bezahlte Arbeit – sinnvoll leben können.

7. Als Perspektiven zur Bekämpfung der Armut benannte Dr. Marcus die Grundsicherung, die um 20 % erhöht werden und mit einer eigenen Existenzsicherung für Kinder einhergehen muss. Die Regelsätze lassen sich nicht einfach von den Erwachsenenansätzen herunterrechnen. Die Familienpolitik muss stärker an den armen Familien ausgerichtet sein. Unter dieser Maxime bedeutet die Einführung des Familiengeldes eine Verschlechterung für die ärmeren Bevölkerungsschichten.

Über Armut und Arme muss mit Respekt geredet werden. Armutsbekämpfung ist keine rein staatliche Angelegenheit. Die betroffenen Menschen müssen beteiligt werden. Kirchen können moderieren und Menschen aus verschiedenen Bereichen zusammenbringen. Mit lang anhaltendem Applaus reagierten die Vertreterinnen und Vertreter der Evangelischen Jugend auf diese Ausführungen, die allen unter die Haut gingen.

Gut vorbereitet durch die engagierten Referate vom Vormittag nutzten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Jugendsozialgipfel nach der Mittagspause die Chance, in elf Workshops zu Facetten der Armut und ihren

Konsequenzen zu arbeiten. In den Gruppen verging die Zeit viel zu rasch. Intensiv wurde nachgedacht, diskutiert und an Forderungen formuliert.

In den anschließenden – sich landeskirchlich zusammengesetzten – Arbeitsgruppen haben sich die Jugendvertreterinnen und -vertreter selbst in die Pflicht genommen und Punkte herausgearbeitet, an denen sie in ihren Landeskirchen weiterarbeiten wollen. So möchte zum Beispiel die Evangelische Jugend in der hannoverschen Landeskirche ein Hauptaugenmerk darauf richten, dass künftig kostengünstige Freizeiten für benachteiligte Kinder und Jugendliche angeboten werden. Hilfs- und Fördermöglichkeiten sollen besser bekannt gemacht werden. Beraten will man darüber, wie die Hemmschwelle für eine mögliche Inanspruchnahme finanzieller Unterstützung gesenkt werden kann. Außerdem wurde beschlossen, sich mit dem Thema »Bildung« auseinanderzusetzen und sich an der »Respekt-Kampagne« der EKD zu beteiligen. Große Vorhaben, die einen langen Atem erfordern.

Eine weitere Etappe auf dem anstrengenden Weg, der wachsenden Armut in diesem reichen Land zu begegnen, bildet im kommenden Jahr der Deutsche Evangelische Kirchentag in Köln. Im »Zentrum Jugend« des Kirchentags werden die bis dahin erzielten Ergebnisse mit einem viel größeren Kirchentagspublikum weiter bearbeitet.

Im abschließenden Plenum des Sozialgipfel-Tages präsentierten die Jugendvertretungen aus den Landeskirchen ihre gemeinsamen Arbeitsergebnisse und Forderungen die den Landeskirchen sowie zum Abschluss des Jahres der Jugend am 13. Dezember 2006 in Hannover der »Landespolitik« übergeben werden:

- Erhöhung des Arbeitslosengeldes II
- Schaffung einer eigenen Existenzsicherung

Weil viele nicht unbedingt ,nen Job
haben wollen und alles ziemlich
locker nehmen.
Antwort zu Frage 10

Liebe Deinen Nächsten und sei
immer gerecht
Antwort zu Frage 8

AKTION DUSCHVORHANG

für Kinder

- Eröffnung von besseren Bildungschancen für alle
- Absicherung und der Ausbau der strukturellen Förderung von Jugendverbandsarbeit
- Die Leitungen der Landeskirchen werden aufgefordert, für eine Umsetzung der EKD-Synoden-Beschlüsse nach außen und innen zu sorgen.
- Die Kirche soll den Armen mit Respekt begegnen und schützend für sie eintreten, wo immer deren Würde verletzt wird.

Mit dem Segen wurde ein langer und ergebnisreicher Tag beschlossen. Der Anfang ist gemacht. Die eigentliche Arbeit beginnt jetzt!

Lena Borgers, Vorstandsmitglied der Landesjugendkammer der Evangelischen Jugend in der Ev.- luth. Landeskirche Hannovers
Wolfgang Blaffert, Pastor, Landesjugendpfarramt Hannover



ZOOM: Augen auf!

Evangelische Jugend startet bundesweite Fotoaktion zu sozialer (Un-)Gerechtigkeit

»ZOOM: Augen auf!« – Junge Menschen fotografieren Situationen sozialer Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit. Die Fotos werden während des Deutschen Evangelischen Kirchentags 2007 in Köln in einer Ausstellung im Zentrum Jugend zu sehen sein. Damit macht die Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in der Bundesrepublik Deutschland e. V. (aej) die brennende Frage sozialer (Un-)Gerechtigkeit zum Thema.

„Kinderarmut, Ausbildungsplatzmisere und Perspektivlosigkeit machen immer mehr jungen Menschen Angst. Sie sind sehr sensibel für Gerechtigkeitsfragen und entwickeln Ideen für eine gerechte Gesellschaft“, unterstreicht Mike Corsa, Generalsekretär der aej, die Bedeutung dieser bundesweiten Aktion. Neben der Fotoausstellung greift die Evangelische Jugend das Brennpunktthema „Soziale (Un-)Gerechtigkeit“ mit vielfältigen Aktivitäten im Zentrum Jugend auf: beim Gerechtigkeitsparcours und beim Konzert, bei Podiumsdiskussionen und im Workshopzelt. Junge Menschen werden den Ursachen sozialer Ungerechtigkeit kritisch nachgehen, Möglichkeiten zu mehr Gerechtigkeit aufzeigen und globales Denken mit lokalem Handeln verbinden.

Die aej ruft Kinder und Jugendliche auf, sich ab Dezember 2006 an dieser bundesweiten Fotoaktion zu beteiligen.

Florian Dallmann, aej-Referent für Kinder- und Jugendpolitik
Das Materialheft ist kostenfrei zu beziehen:
aej Geschäftsstelle
Otto-Brenner-Str. 9
30159 Hannover
florian.dallmann@evangelische-jugend.de

Traumjob, denn Arbeit soll Spaß
machen und einen ausfüllen. Aber:
Wenn ich den anderen (Ätzjob) ha-
ben kann, nehme ich auch den, bis
der Traumjob frei ist. Jeder sollte
arbeiten. Für das Wohl aller. Egal,
was!!!
Antwort zu Frage 2

Indem man bestimmte Lehrer
einfach rauswirft!
Antwort zu Frage 7

Weil jeder viel verdienen will und
wenig dafür tun. Auch „einfache“
Jobs sind wichtig.
Antwort zu Frage 10

Das Ziel

Das Thema „soziale Gerechtigkeit“ hat zahlreiche Facetten. Um insbesondere auch die Sicht der Jugendlichen in den Blick zu nehmen, wurde in verschiedenen Landeskirchen ein Vorprozess zu diesem Themenkomplex begonnen. Die Ergebnisse aus diesem Vorprozess sollen dann auf dem DEKT 2007 in Köln in Aktionen, kreative Angebote und Veranstaltungen einfließen.

Die Aktion

In einem Duschvorhang mit 143 Plastiktaschen (11 in der Breite, 13 in der Länge) sind untereinander Fragen einzeln auf Karteikarten (unterschiedliche Farben) gedruckt. Pro Zeile gibt es dann in der ersten Tasche eine Frage, die noch leeren Antwortkarten (in der gleichen Farbe) stecken in den Fächern daneben und warten auf die Antworten der Jugendlichen.

Fragen zur sozialen Gerechtigkeit

1. Vielen geht's schlecht, wenigen geht's gut, wer ist schuld? Deine TOP-3 der Ungerechtigkeit:
2. Drei Persönlichkeiten, die sich für Gerechtigkeit einsetzen:
3. Schule ist ungerecht – wie kann sie gerecht werden?
4. Du bist arbeitslos, hast wenig Geld, wer muss helfen? Mama und Papa, der Staat oder Du selber (zum ankreuzen) Warum?
5. Ausbildung oder Job – warum kriegen das nicht alle?
6. Dein/e Mitschüler/in ist arm – woran erkennst Du's?
7. Ätz-Job, aber bombensicher. Traumjob, aber schlecht bezahlt. Wofür entscheidest Du Dich? Warum?
8. ErzieherInnen verdienen weniger als Lehrer – wie findest Du das?
9. Unsere Gesellschaft soll gerechter werden – was kannst Du tun?
10. Deine Fragen?

Warum sind meist
die Männer „reich“?
Antwort zu Frage 6

Martin Luther King, Gandhi,
Robin Hood
Antwort zu Frage 4

Mich für andere stark machen
Antwort zu Frage 8

Erstens weniger Hausaufgaben,
wir büffeln uns tot!!! Zweitens:
Die Lehrer sollten einen Anti-
Stress-Kurs besuchen!
Antwort zu Frage 7

Erzieher würden besser bezahlt,
wenn sie noch besser
ausgebildet wären.
Antwort zu Frage 5

